Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung, Herrenstraße Nr. 20.
Insertions-Gebühr für den Raum einer sechstheiligen Petitzeile $1\frac{1}{4}$ Sgr.

Das vierteljährige Abonnement beträgt in Breslau 1 Rtl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rtl. 24 Sgr. 6 Pf.
Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zweiten Feiertage.

Breslauer Zeitung.

№ 72. Donnerstag den 13. März 1851.

Telegraphische Nachrichten.

Triest, 11. März. London 12. 45; Silber $33\frac{1}{8}$.

Turin, 8. März. Die Deputirtenkammer hat mit 107 gegen 22 Stimmen das Ausgabenbudget des Finanzministeriums angenommen. Hierauf stellte der Abgeordnete Brofferio zwei Anträge, die königliche Gnade möge auf sämmtliche Uebertreter der Quarantainevorschriften ausgedehnt und die Jury bei allen Preßprozessen eingeführt werden. Die Kammer beschloß, dieselben nicht in Erwägung zu ziehen. Der Senat hat mit 38 gegen 20 Stimmen das Gesetz über Erhöhung des Kostenbetrages, welcher zum Baue des Bassins der Genueser Schiffswerfte bestimmt ist, angenommen.

Rom, 6. März. Die zur Amortisirung des Papierstempels niedergesetzte Kommission macht bekannt, daß vom 3. Februar bis 1. März 576 Certifikate pr. 51820 Scudi ausgegeben worden sind.

Uebersicht.

Breslau, 12. März. In der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer wurde die Berathung des Etats des Ministeriums des Innern beendet und mit dem Militär-Etat begonnen, welcher eine ziemlich lebhafte Debatte hervorrief.

Die erste Kammer wird am 12ten in dem Sitzungslokale der zweiten zusammenkommen und sich später in der Aula versammeln.

Am 11. d. M. fand abermals ein Ministerrath statt, in dem die Angelegenheit wegen eines Sitzungslokals der ersten Kammer berathen wurde.

Die Antwort der preußischen Regierung auf die letzte österreichische Note ist bereits am 9. d. M. nach Wien abgegangen. Preußen verlangt darin volle Parität mit Oesterreich in allen Bundes-Angelegenheiten und in allen Beziehungen; dagegen will es in den Eintritt von Gesammt-Oesterreich in den deutschen Bund willigen. Sollte Oesterreich nicht im vollen Maaße auf die preußischen Forderungen eingehen, so verlangt Preußen die Rückkehr zu dem alten Bundestage. Der preußische Bevollmächtigte Graf Alvensleben hat den betreffenden Minister-Versammlungen beigewohnt, in denen diese Angelegenheit berathen wurde, und ist mit ganz gleichen Instruktionen nach Dresden abgereist.

Der Staatsminister a. D. Uhden ist nach Kassel gereist, um dort als preußischer Kommissar zu fungiren.

General Nostiz wird sich Ende dieser Woche in außerordentlicher Mission nach Hannover begeben.

Kommt es zu einer Theilung der deutschen Flotte, so wird Oesterreich nur geringe Anforderungen machen können, da seine Vorschüsse nicht viel betragen.

In dem Budget Baierns für die letzte Finanzperiode findet sich ein Deficit von mehr als 1 Million. Dasselbe soll durch Erhöhung der Steuern gedeckt werden. — Nächstens steht dem Ministerium wieder eine unangenehme Debatte über deutsche Angelegenheiten (die kurhessische Intervention) bevor.

In Würtemberg wird nach Ostern eine Ständeversammlung einberufen werden, weil mehre dringende innere Angelegenheiten zu erledigen sind. Die Vorbereitungen zu der Einberufung werden bereits getroffen.

Am 10. März rückten in Kassel kurhessische Artillerie und Schützen ein. Man hatte die großartigsten Vorkehrungen getroffen, um jeder Demonstration der Freude vorzubeugen. Die zahlreich versammelten Volksmassen zogen still bei dem Vorbeiziehen der Truppen die Kopfbedeckung. — Der preußische Gesandte, v. Thiel, ist wieder in Kassel eingetroffen.

Die Vertagung der hannoverschen Kammern wird erst nach Mitte dieses Monats stattfinden.

Der Landtag in Oldenburg scheint nicht auf das baldige Zustandekommen einer deutschen obersten Bundesbehörde zu hoffen, er hat bei der Budget-Berathung den Posten für einen Abgesandten bei der deutschen Centralgewalt gestrichen.

Am 10. März sind aus Hamburg 1 Bataillon und 3 Kompagnien Oesterreicher ausmarschirt, um theils in der Nähe, theils in dem östlichen Holstein Posto zu fassen. Am selben Tage rückten daselbst 3 andere Kompagnien Oesterreicher wieder ein.

Der dänische Kommissar Tillisch ist zum Minister für Schleswig und zum Mitglied des dänischen Staatsraths ernannt worden, und wird sich abwechselnd in Flensburg und Kopenhagen aufhalten. Vorläufig soll er mit dem Grafen Reventlow-Criminil die Wahlen der Notablen ordnen.

Unter Rußland theilen wir den Inhalt einer Verfügung mit, welche das Führen von Waffen Seitens der in Polen reisenden Fremden betrifft.

Die großen Parteien in Paris zersplittern sich täglich in immer kleinere Fraktionen. — Die Veränderungen in den Präfekturen haben böses Blut gemacht. — In Betreff der Wahlen der Nationalgarden-Offiziere herrscht noch immer Uneinigkeit zwischen dem Präsidenten und der National-Versammlung. — Das verheißene definitive Kabinet will noch immer nicht fertig werden. — Die großen Massen, namentlich die arbeitenden Klassen zu Paris sind entschieden für Republik. Der britische Gesandte Normanby ist in Paris angekommen.

Die antipäpstliche Bill wird wahrscheinlich im britischen Unterhause angenommen, dagegen im Oberhause verworfen werden.

In Wien wird nächstens das neue Strafgesetzbuch publizirt werden, es hat bereits die Sanktion des Kaisers erhalten. In dasselbe sind auch die Strafen für Preßvergehen und Verbrechen aufgenommen, und es wird deshalb kein besonderes Preßgesetz erscheinen. (S. das Nähere in der Wiener N. B.-Korrespondenz.) — Persigny wird in Wien erwartet und Fürst Schwarzenberg soll noch diese Woche nach Dresden reisen.

Der Aufstand in den türkischen Provinzen greift immer mehr um sich. Nach sicheren Nachrichten befindet sich die ganze Kraina in vollem Aufruhr und zwar in einem noch höheren Grade als im vorigen Jahre.

Preußen.

Kammer-Verhandlungen.

Zweite Kammer.

Vierzigste Sitzung vom 11. März.

Präsident: Graf v. Schwerin.

Eröffnung: 11 Uhr.

Der Ministerpräsident nimmt das Wort: Meine Herren! Es hat sich gestern ein Ereigniß zugetragen, welches Ihnen zwar bereits bekannt sein wird, von welchem aber Ihnen amtliche Mittheilung zu machen ich mich für verpflichtet halte. Das Lokal, welches der ersten Kammer zu ihren Sitzungen überwiesen war, ist gestern Abend zum größten Theil ein Raub der Flammen geworden. Es sind übrigens bereits Einleitungen wegen Wiederherstellung desselben, so wie wegen vorläufiger Einräumung eines andern Lokals getroffen, so daß ich glaube, daß die Thätigkeit der ersten Kammer und ihr gedeihliches Zusammenwirken mit diesem hohen Hause nicht unterbrochen werden wird.

Hierauf wird über die Verordnung, betreffend die den Justizbeamten zu bewilligenden Diäten und Reisekosten, im Ganzen abgestimmt und das Gesetz angenommen.

Die Prüfung des Budgets wird mit dem Etat für das Ministerium des Innern wieder aufgenommen. Bei der Landgensdarmerie trägt die Kommission an: die Kammer wolle es für erforderlich erklären, daß eine zweckentsprechende, minder kostspielige militärische Aufsicht der Gensdarmerie baldigst hergestellt werde, damit die großen Ausgaben für die jetzigen Gensdarmerie-Offiziere mit 58,100 Thlrn. zur vielfach verlangten Vermehrung der Anzahl der Gensdarmen verwendet werden könnten.

Minister des Innern: Die bisherige militärische Aufsicht über die Gensdarmerie habe auf die Disziplin dieses Korps den besten Einfluß geübt. Wollte man den Gensdarmen ihre militärischen Vorgesetzten nehmen, so würde dies für den Geist des erwähnten Instituts von nachtheiligen Folgen sein.

Auch der Kriegsminister erklärt sich gegen den Kommissionsantrag, welchem jedoch die Majorität der Kammern ohne weitere Diskussion ihre Zustimmung ertheilt.

Die Kammer spricht ferner, dem Antrage der Kommission gemäß, die Erwartung aus, daß die Brennholzgelder für den Kommandeur der Landgensdarmerie und für 2 Offiziere mit 144 Thlr. in die Wegfallkolonne würden gebracht werden.

Der Ausgabe-Etat für die Polizei-Verwaltung wird auf 1,718,465 Thlr., der für die Straf-Besserungs- und Gefangen-Anstalten auf 1,147,006 Thlr. festgesetzt. Bei den Armen-Anstalten erwartet die Kammer, daß die Verpflichtung des Staats, der Armenanstalt zu Düsseldorf die Gesammtsumme von 1202 Thlr. 2 Sgr. 3 Pf. zu zahlen, bei Vorlegung des Etats pro 1852 vollständig werde nachgewiesen werden. Ferner hat die Kommission den Antrag gestellt: die Kammer wolle die Erwartung aussprechen, daß mehrere wohlthätige Fonds im Regierungsbezirk Stralsund, Breslau, Liegnitz und Oppeln mit überhaupt 519 Thlr. mit dem Dispositionsfonds des Ministerii des Innern von 3000 Thlr. vereinigt werden möchten. Die Kammer stimmt bei.

Die Ausgaben für Armen- und Wohlthätigkeits-Anstalten werden in Höhe von 129,199 Thlr. genehmigt.

Die Ausgaben zu verschiedenen polizeilichen Zwecken und andern Bedürfnissen der Verwaltung des Innern werden auf den Betrag von 61,475 Thlr. festgesetzt.

Die Ausgabe für die Regierungs-Amtsblätter in Höhe von 90,601 Thlr. wird nicht monirt.

Dagegen wird vom Extraordinarium der Betrag von 1230 Thlr. abgesetzt und dasselbe überhaupt im Betrage von 198,770 Thlr. genehmigt.

Es folgen mehrere Petitionen ohne allgemeineres Interesse, welche sich auf den Etat des Ministerii des Innern beziehen. Sie werden, dem Vorschlage der Kommission gemäß, durch Uebergang zur Tagesordnung beseitigt.

Die Kammer gelangt nunmehr zu dem Etat der Militär-Verwaltung. Berichterstatter ist der Abgeordn. Bodelschwingh (Hagen). Die Kommission habe bei ihren Berathungen diejenige Stärke der Armee zu Grunde legen zu müssen geglaubt, welche von der Regierung proponirt worden. Auch sei die Kommission von der Ansicht geleitet worden, das treffliche preußische Heer, eine Macht, vor welcher das Ausland immerhin zittern könne, nicht zu schwächen.

Abg. v. Bismarck-Schönhausen: Es frage sich, ob die Kammer, die zum guten Theile aus Civilbeamten, Landräthen und Bürgermeistern bestehe, kompetent sei, über rein militärische Dinge ein Urtheil zu fällen. Das englische Parlament glaube seiner Einsicht keineswegs zu nahe zu treten, wenn es sich ein solches Urtheil nicht zutraue. Es behandle das Militär-Budget lediglich vom politischen Standpunkte aus und lasse sich auf die Untersuchung einzelner Positionen fast niemals ein. Nur hin und wieder würden für einzelne Positionen, die gerade Bedenken erregten, besondere Fachkommissionen zur Prüfung derselben ernannt. Es werde vielleicht nicht uninteressant sein, wenn er eine Zusammenstellung der Militär-Ausgaben anderer Mächte zum Besten gebe. So habe Oesterreich vom November 1848 bis 1849 nicht weniger als 157 Millionen Conventions-Gulden für seine Militärmacht aufgewendet. England brauche jährlich 108 Millionen Thaler und selbst die Vereinigten Staaten von Nordamerika bedürften jährlich 30 Millionen Thaler für ihre gesammte Streitmacht. Hiernach sei es augenfällig, daß sich Ersparnisse im preußischen Militär-Etat nicht ausführen ließen. — Der Redner protestirt hierauf gegen die pekuniäre Gleichstellung der Offiziere mit gewissen Civilbeamten, namentlich der kommandirenden Generale mit den Oberpräsidenten. Er führt für diesen Protest zum Theil sehr humoristische Gründe an, so z. B. daß Jemand, der in den Civildienst eintrete, 7 bis 8 Chancen habe, Minister zu werden, während der Soldat nur eine solche Chance habe, da es nur Einen Kriegsminister gebe. Auch die Verdienste des Offiziers-Corps seien hierbei zu berücksichtigen. Wem anders als dem Offizier-Corps habe es die Kammer zu danken, daß sie jetzt ruhig in Berlin sitzen könne. Sie möge deshalb auf eine Reduktion der Offiziergehälter umsoweniger eingehen, als ja auch bei den Civilbeamten eine solche Reduktion nicht stattgefunden habe.

Graf Stolberg schließt sich im Wesentlichen den Ansichten des Vorredners an. Der Weg, den die Kommission eingeschlagen, führe zu einer Schwächung des preußischen Heeres. Sie lasse sich zu sehr auf Einzelnes ein, das sie bekrittle und beschneide. Die preußische Armee sei immer der Liebling ihrer Könige gewesen, sie sei mit ihren Königen so zu sagen emporgewachsen. Trenne man die Armee von ihrem Könige, so demoralisire man sie. Auf dem von der Kommission eingeschlagenen Wege müsse aber eine solche Trennung herbeigeführt werden, denn der Soldat werde dann sehr bald inne werden, daß über ihm noch eine andere Macht als der König walte. Dies demoralisire den Soldaten.

Abg. Wentzel. Der Vorredner habe alle konstitutionellen Grundsätze verrückt, denn bei einer Budgetberathung könne vom Könige als „Kriegsherrn" und von einem Sicheindrängen der Kammer zwischen den König und die Armee nicht die Rede sein. Gegen eine derartige Auffassung der Budgetfeststellung müsse er auf das Entschiedenste protestiren.

Der Abg. v. Holleben spricht sich ebenfalls gegen die von der Kommission vorgeschlagene Reduktion einzelner Militärgehälter, namentlich der Diensteinnahmen der kommandirenden Generale, aus. Er sucht nachzuweisen, welche unverhältnißmäßigen Ausgaben den kommandirenden Generalen durch ihre Stellung auferlegt seien. Nehme man dem hohen Offizierstande seinen Glanz, so werde man hiermit auch dem niedern Offizierstande keinen Gefallen erweisen.

Es wird hierauf von Winzler ein Antrag gestellt:

den von der Regierung eingebrachten Etat für die Militärverwaltung en bloc anzunehmen.

Als Motive werden angegeben: Dankbarkeit gegen das Heer und Zeitersparniß.

Der Präsident will diesen Antrag nur dann zur Debatte stellen, wenn in der Kammer Stimmeneinhelligkeit für die Zulassung desselben herrsche.

Der Berichterstatter Bodelschwingh protestirt gegen die Zulassung des Antrags. Wenn Alle zustimmten, er werde dissentiren.

Der Abg. Graf Ziethen befürwortet dagegen die Zulassung.

v. Vincke protestirt gegen die Bezeichnung des Königs als Kriegsherrn. Unter Kriegsherrn habe man in Italien die Condottieri verstanden, welche fremde Truppen angeworben.

Der Präsident hält den Antrag des Abg. Winzler durch den mehrseitigen Widerspruch für erledigt.

v. Bismark-Schönhausen: Kriegsherr sei keineswegs von Condottieri herzuleiten; jene Bezeichnung komme vielmehr zuerst in der Bundesverfassung vor.

v. Vincke gegenüber eine kurze persönliche Bemerkung.

Es wird nun in der allgemeinen Diskussion fortgefahren.

Berichterstatter Abg. v. Bodelschwingh (Hagen). Es sei der Kommission der Vorwurf gemacht worden, daß sie das Heer von seinem Könige trenne. Allerdings sei diese Verbindung eine sehr innige, er sei aber auch der Meinung, daß jeder andere Beamte, jeder Unterthan eben so innig mit seinem Könige verbunden sei. Er sei zu fest von der Treue des Heeres überzeugt, um zu glauben, daß dieselbe durch die Anträge der Kommission erschüttert werden könnte.

Der Berichterstatter wendet sich hierauf zu dem Einzelnen. In Betreff der Einnahmen hat die Kommission beantragt, dieselben mit 224,432 Thl. 29 Sgr. 1 Pf. als richtig anzuerkennen. Dies geschieht.

Der Präsident zeigt an, daß der Präsident der ersten Kammer das Ersuchen an ihn gerichtet, daß der ersten Kammer die Benutzung des Lokals der zweiten an den Tagen, wo diese dasselbe nicht benutzt, gestattet werde. Der Antrag findet keinen Widerspruch.

In Bezug auf Tit. I. der Ausgabe, die Besoldungen und Büreaukosten des Kriegsministeriums betreffend, hat die Kommission in Uebereinstimmung mit dem Regierungs-Kommissarius eine Absetzung von 300 Thl. von der geforderten Summe von 230,753 Thl. beantragt. Dies wird genehmigt.

Zu Tit. II., die General-Militärkasse betreffend, wird der Etat mit 34,520 Thl. genehmigt.

Tit. IIIa. In Bezug auf die Besoldung der Truppen hat die Kommission im Einzelnen beantragt, zu Pos. 9:

die Erwartung auszusprechen, daß durch Anstellung von Offizieren bei der Garde-Landwehr in derselben Art wie bei der Provinzial-Landwehr, die überzähligen Sekonde-Lieutenants bei den Garde-Infanterie-Regimentern entbehrlich gemacht und dieselben in die Regimenter einrangirt werden würden, wodurch diese Ausgabeposition künftig ganz in Wegfall gebracht werde. (Schluß folgt.)

Berlin, 11. März. Ihre königliche Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin von Mecklenburg-Strelitz sind nach Neu-Strelitz abgereist. — Ihre Hoheiten die Prinzessinnen Agnes und Maria Anna von Anhalt-Deßau sind nach Deßau abgereist.

Die erste Kammer hält ihre nächste Sitzung am 12. März 1851, Vormittags 10 Uhr,

im Saale der zweiten Kammer.

Abgereist: Der General-Major und Kommandeur der 7ten Kavallerie-Brigade, v. Katte, nach Magdeburg.

[Die preußische Antwortnote an Oesterreich.] Die Voß. Ztg. schreibt: „Vorgestern Nachmittag hat von 12 bis 4 Uhr eine Sitzung des Staatsministeriums stattgefunden, in welcher die an das österreichische Kabinet zu erlassende Antwortnote berathen und beschlossen wurde. Diese Note ist noch vorgestern Abend nach Wien abgegangen. Ueber den Inhalt der Note erfahren wir folgendes Nähere. Dem österreichischen Gouvernement ist die über verschiedene Punkte in der deutschen Frage verlangte Auskunft ertheilt und sodann nochmals in extenso auf die Forderungen Preußens hingewiesen worden. Preußen verlangt volle Parität mit Oesterreich in allen Bundesangelegenheiten in jedweder Beziehung und nach jeder Seite hin, und ist dagegen bereit, in den Eintritt der österreichischen Gesammtmonarchie in den deutschen Bund zu willigen. Die Erledigung dieser Frage, entweder nach der einen oder andern Seite hin, soll, wie wir hören, als Vorbedingung zu weiteren Unterhandlungen hingestellt worden sein. Die Forderung in Betreff der Parität ist sogar in Bezug auf die Bundesbeamten dahin präcisirt worden, daß dieselben, im Falle Oesterreich auf die Forderung Preußens eingehe, nicht mehr, wie früher, vom Präsidium, sondern von beiden Theilen, von Preußen und Oesterreich, gleichmäßig ernannt werden sollten, und daß jeder der beiden Staaten zur Wahrung seiner Interessen befugt sein müsse, die Disziplinargewalt auch über die von dem andern Theile ernannten Beamten des Bundes auszuüben. Im Falle nun aber Oesterreich nicht geneigt sein sollte, auf die Forderungen Preußens in dem vollen Maße, wie dieselben gestellt sind, einzugehen, werde Preußen, gestützt auf die Gesetze des Bundes, die (längst erwartete und erstrebte) Rückkehr zu den Formen des alten Bundes verlangen. Der diesseitige Bevollmächtigte in Dresden, Graf v. Alvensleben, welcher am verflossenen Sonnabend hier eingetroffen und noch an demselben Tage mit dem Ministerpräsidenten eine längere Unterredung mit dem Könige gehabt hatte, wohnte dieser Ministerberathung ebenfalls bei. In Betreff der demselben ertheilten neueren Instruktionen dürfen wir auf den vorstehend angedeuteten Inhalt der nach Wien gegangenen Antwortnote verweisen."

[Ueber die Feuersbrunst] im Sitzungsgebäude der ersten Kammer enthält die N. Pr. Ztg. folgende Mittheilungen: „Wir können, wenigstens was die äußere Erscheinung des Ereignisses betrifft, deshalb um so zuverlässiger berichten, da der Zufall uns Augenzeuge sein ließ, von dem ersten Moment des Brandes an bis zu dem, wo die Gefahr für die benachbarten Gebäude beseitigt war. Es war ungefähr halb 7 Uhr, als wir auf dem Wege zu Dejean's Zirkus die Charlottenstraße am Gensdarmenmarkt passirten und ein Blick rechts hinauf in die Französische Straße uns einen noch unbedeutenden röthlichen Dampf gewahren ließ, der sich über dem Sitzungsgebäude und zwar in der Ecke nach dem Maurermeister Schüttler'schen Hause zu, dergestalt emporhob, daß wir, getäuscht, mit mehreren Vorübergehenden einen weit tiefer in die Stadt hinein, etwa nach der Grünstraße zu entstandenen Brand vermutheten. Wir beabsichtigten, die Französische Straße hinauf, links über den Opernhausplatz und dann weiter der entfernt geglaubten Brandstätte zuzueilen, als wir, gerade vor dem Kammergebäude angekommen, durch die in diesem Augenblick mit Macht hervorbrechende Flamme enttäuscht und belehrt wurden, daß wir uns in der nächsten Nähe des Brandes befanden. Außer uns waren, da vermuthlich der ganze Menschenandrang von der Wallstraßen-Seite her sich konzentrirt hatte, an der Fronte nach der Französischen Straße zu etwa nur 15 bis 20 Anwesende Zeuge des Unglücks. Die erste Spritze wurde aus dem Dekorations-Magazin von Menschen herbeigeschleppt und der Schlauch in das brennende Gebäude geleitet, in welchem das Feuer, namentlich in der Ecke, die an das Schüttlersche Haus stößt, von oben bis in die untern Gemächer drang, wie man deutlich durch die Fenster sehen konnte. Aus der zweiten Etage des Sitzungsgebäudes versuchte man Einiges, z. B. Betten, durch Hinabwerfen auf die Straße zu retten. Die in dem Gebäude rechts von den brennenden kasernirten Militärs flüchteten mit ihren Sachen auf den Platz an der St. Hedwigskirche. Der stärker wehende Wind trieb die Gluth nach dem schräg gegenüberstehenden katholischen Probstei-Gebäude und ließ einen Regen von Funken auf die unterdeß zu großem Gedränge angewachsene Menge niederfallen. In großer Gefahr schwebten die benachbarten Häuser von Schüttler und Taglioni, die meiste Besorgniß in Hinblick auf das Weitergreifen der Flamme hegte man aber in Bezug auf die königl. Theater-Dekorations-Magazine, die mit ihren ungeheuren Leinen- und Holzvorräthen dem Elemente reichliche Nahrung gegeben hätten. Der Giebel des Schüttlerschen Hauses war bereits von der Gluth ergriffen, die Unerschrockenheit der unterdeß zahlreich herbeigekommenen Löschmannschaft dämpfte das weitere Umsichgreifen. Wir verließen um 8 Uhr die Brandstätte, als der einstürzende Dachstuhl die Flammen ins Innere der Ringmauern hinabdrängte und von einer sich mehr ausdehnenden Gefahr nichts zu fürchten war. — Da wir, wie gesagt, als Augenzeuge von der ersten im Aeußern des Gebäudes sichtbar werdenden Flamme berichten, so führen wir noch an, daß die Schnelligkeit, mit welcher das Feuer sich Luft machte, überraschend erschien. Vermuthlich mögen die brennbaren Stoffe des Saales dazu das Ihrige beigetragen haben, in wenig Minuten über die ganze Dachlänge des Gebäudes ein wahres Flammenmehr zu verbreiten."

Wir geben hier nach demselben Blatte noch einen andern Bericht: „Gestern Abend gegen halb 7 Uhr brach in dem Gebäude der ersten Kammer hinter der St. Hedwigskirche Feuer aus. So weit sich bis jetzt hat ermitteln lassen, ist der Brand wahrscheinlich durch ein Versehen bei der in dem Gebäude eingeführten russischen Heizung entstanden, indem seit einigen Tagen hierbei eine neue Einrichtung getroffen und diese gestern zum erstenmal probirt worden. Das Feuer brach zuerst im Sitzungssaal aus, und verbreitete sich rasch über die anliegenden neuen Baulichkeiten. Von dem Hause 1 nach der Französischen Straße zu brannte der Dachstuhl nieder und das dritte Stockwerk an. Auch an dem anstoßenden Eckhause der Französischen Straße,

das äußerst gefährdet war, fing das Dach Feuer, doch ist der Schaden hier nur gering, da alsbald zahlreiche Hülfe vorhanden war und das Gebäude schützte. Gefährlicher hätte der Brand nach der andern Seite werden können, da in dem Hause Nr. 2, in welchem seit längerer Zeit Militär einkasernirt ist, einige Munition aufbewahrt war. Es gelang jedoch sofort, diese in Sicherheit zu bringen. Unter den Ersten auf dem Platze war der Polizei-Kommissarius Greif, der alsbald auch die nöthigen Anstalten zur Rettung der Registratur traf. Diese ist auch beinah vollständig geborgen worden, zuerst in einem Keller des Hauses, der Rest in der katholischen Kirche. Der Polizei-Präsident war schleunig auf dem Platze und leitete die Löschanstalten, da bald Hülfe von allen Seiten herbeieilte. Ihre königl. Hoh. die Prinzen Karl und Friedrich und der General v. Wrangel waren gleichfalls auf der Brandstätte. Der Himmel war so von der Gluth geröthet, daß die Bewohner der Straßen vor dem Potsdamer Thor glaubten, es brenne in ihrer nächsten Nachbarschaft. Bald nach 8 Uhr und als die Dampfspritzen eingetroffen, war man des Feuers vollständig Herr. Das Militär hatte Generalmarsch geschlagen und die nächste Umgebung der Brandstätte besetzt. — Die erste Verwirrung wurde natürlich dadurch vermehrt, daß im nahgelegeneu Opernhause eine sehr zahlreich besuchte Vorstellung (Faust) stattfand. Ein Schauspieler trat nach dem zweiten Akte vor und theilte mit, daß in der Nachbarschaft ein bedeutender Brand ausgebrochen, worauf denn Alles mit stürmischer Eile und einigem Gedränge das Haus verließ. Viele Damen flüchteten, ohne im Gedränge zu ihren Mänteln kommen zu können. Die erste Verwirrung wurde mehrfach von Taschendieben benutzt, die selbst unter den ersten Helfenden in das brennende Haus eingedrungen sein müssen, denn man fand dort in den unversehrten Stockwerken Schränke mit Dietrichen geöffnet und nahm im Hause einem Fremden ein Karton mit Schmucksachen ab. Das Publikum hatte sich namentlich in dichten Massen an der Ecke des Gensdarmenmarktes und der Französischen Straße und hinter dem Opernhause aufgestellt. — Gegen 11 Uhr gewährte die Brandstätte, nachdem das Feuer vollständig gedämpft worden, den eigenthümlichen Anblick eines förmlichen Brandlagers durch die Masse der noch aufgestellten Spritzen und die Mannschaften beim rothen Fackellicht. Durch die Mauer an der Oberwallstraße war zur Hereinschaffung der Spritzen ein zweiter großer Durchgang gebrochen worden. Die Brandstätte blieb die ganze Nacht bewacht. — Herr Justizrath Fritze, der Bureauvorstand der ersten Kammer, der in dem Gebäude selbst wohnt, mußte mit seiner Familie eilig flüchten und fand sofort eine freundliche Aufnahme in dem nahegelegenen und selbst bedrohten Hause der Familie Taglioni. Ihre königl. Hoheiten die Prinzen Friedrich und Karl beehrten, sobald die Gefahr für die Nachbarhäuser beseitigt war, die Familie Taglioni mit Höchstihrem Besuch, um sie zu beruhigen. — Unter den von Anfang an beim Löschen sehr Thätigen waren namentlich die Beamten und Inspektoren des kgl. Theaters. — Leider ist die Feuersbrunst nicht ganz ohne Unglücksfälle vorübergegangen. Drei Männer von der Feuerlöschkolonne, die Zimmerpolirer Hübner, Busch und der Maurer Niederstraß, brachen heute Morgen gegen 8 Uhr, als sie auf der Feuerstelle beschäftigt waren, durch eine Balkenlage und stürzten damit in den noch brennenden Schutt. Die drei Genannten, sämmtlich verheirathet und Familienväter, wie wir hören, sollen außer den erhaltenen Brandwunden Arm- und Beinbrüche erlitten haben. Das Mitleid zieht namentlich der Erstgenannte auf sich, der ein alter Soldat aus den Jahren 1813—15 und eines der ältesten Mitglieder der Feuerkolonne ist."

Berlin, 11. März. [Tagesbericht.] Heute früh wurde der Ministerrath plötzlich zu einer auf 9¾ Uhr anberaumten Sitzung zusammenberufen. Gegenstand der Berathung dürften die in Bezug auf die erste Kammer wegen des gestrigen Brandes zu ergreifenden Maßnahmen gewesen sein. Uebrigens hören wir, daß der Gesammtvorstand der ersten Kammer bereits heute Mittag die Aula der Universität als eventuell geeignete Lokalität für die Sitzungen dieser Kammer besichtigt hat. (Vergleiche oben „zweite Kammer.")

Der Staatsminister a. D. Uhden ist heute nach Kassel, wo er bekanntlich als preußischer Kommissarius fungiren wird, abgegangen.

Der mit einer außerordentlichen Mission in Hannover betraute General Graf v. Nostiz wird sich gegen das Ende dieser Woche wieder dahin begeben.

Mit dem heutigen Zuge traf der Legations-Sekretär bei der diesseitigen Gesandtschaft in Wien, Baron von Rosenberg, mit Depeschen von dort hier ein. (N. Pr. Z.)

Der königl. baierische Legationsrath Dönniges ist hier angekommen. Da derselbe in Preußen Verwandte hat, so vermuthet man, Hrn. Dönniges Anwesenheit habe keine politischen Zwecke. Bekanntlich ist Herr Dönniges in Preußen geboren und gehörte eine Zeit lang der hiesigen Universität als außerordentlicher Professor an.

Der Flügel-Adjutant Sr. Maj. des Königs Major v. Boddien hat den österreichischen Leopoldsorden erhalten.

Aus London will man hier wieder jene Nachricht erhalten haben, die mit einer gewissen regelmäßigen Periodicität von dort einzutreffen und die Unterthanen der Königin Victoria stets freudig zu überraschen pflegt.

Die Berathung des Militärbudgets hatte heute eine große Anzahl von Offizieren zum Besuch der Zuhörertribünen der zweiten Kammer vermocht. (C. B.)

Die Preuß. Ztg. (d. i. ehemalige Deutsche Ref.) meldet, daß schon übermorgen das für die erste Kammer erforderliche Mobiliar aus dem Erfurter Parlamentshause herbeigeschafft werden würde.

Als eine Reminiscenz an die Mittheilungen ministerieller Blätter aus dem Jahre 1848 dürfte folgende Mittheilung der Preuß. Ztg. von Interesse sein. „Man versichert", so schreibt sie, „daß in der großen Menschenmenge, welche sich bei dem Brande des Sitzungslokals der ersten Kammer gestern versammelt hatte, sich wieder viele Personen durch sehr unnütze Redensarten in polnischer und französischer Sprache bemerkbar gemacht hätten."

Die Neue (eigentlich alte) Preuß. Ztg. meldet, daß Herr von Manteuffel nicht die theure Herrschaft Obra (wie der Bresl. Ztg. gemeldet worden war), sondern ein devastirtes Gut am Obraflusse für einige tausend Thaler zu kaufen beabsichtige.

Inowraclaw, 8. März. [Die Tscherkessen.] In Nr. 19 des Bromberger Wochenblattes ist gesagt, Se. königl. Hoheit der Prinz von Preußen habe in Betreff des wegen der Tscherkessen vom Kollegium des hiesigen Kreis-Gerichts an ihn abgesandten Gesuchs persönlich nichts gethan, sondern dasselbe blos Sr. Exzellenz dem Herrn Minister v. Manteuffel übergeben. Die Sache verhält sich indeß, wie ich aus sicherer Quelle weiß, folgendermaßen: Se. königl. Hoheit der Prinz von Preußen hat das betreffende Schreiben dem Kabinetsrathe Illaire mit dem Auftrage eingehändigt, Sr. Maj. dem Könige darüber Vortrag zu halten und Allerhöchstderselbe hat nach Anhörung des Vortrages sich mit erwähntem Gesuch einverstanden erklärt und befohlen, dasselbe dem Herrn Minister des Auswärtigen und dem des Kriegs zu übergeben, um bei dem russischen Gouvernement dahin zu wirken, daß den Tscherkessen, ihrem Wunsche gemäß, der Dienst im preußischen Heere gestattet werde. — Meine Nachricht gründet sich auf das Antwortschreiben, welches dem hiesigen Kreis-Gericht in Folge seiner Petition zugegangen ist. (Posener Z.)

Deutschland.

[Die Dresdener Konferenzen.] Wie die Dinge jetzt stehen, ist an eine fernere Plenarsitzung nicht zu denken denn es ist nichts vorhanden, worüber Berathungen gepflogen werden können. Der Zwiespalt zwischen Oesterreich und Preußen scheint seinen Höhepunkt erreicht zu haben und wer könnte sagen, auf welche Weise Deutschland eine Spitze durch ein Centralorgan erhalten sollte. Dies weiß man wohl weder in Wien noch in Berlin, am wenigsten aber in Dresden, sondern es ruht lediglich im Schooße der sehr dunkeln und unheimlichen Zukunft. Wer die Schuld dieser Verwirrung trägt? Wir wollen keinen Stein auf Einzelne werfen, wie man von gewisser Seite es thut; allein mehr oder weniger alle Souveraine und Kabinete der einzelnen Staaten des deutschen Bundes. Schwäche und Zaghaftigkeit auf der einen, dynastische Herrschsucht und Kaiserpläne und Großmachtsbestrebungen auf der andern Seite, so wie eine Menge anderer Eitelkeiten und Personalinteressen tragen im bunten, wirren Gemisch die Schuld an diesem Jammer, der schwerlich seines Gleichen finden dürfte.

Die Kleinstaaten sind der Stein des Anstoßes, wie Solches der ganze Schwarm der im russisch-österreichischen Dienst, fast militärisch organisirt, stehenden Preßorgane täglich beweisen will, und Ach und Weh über die Selbstständigkeit dieser Staaten schreit. Wenn ihnen denn die Kleinstaaten im Wege sind, weshalb erklären sie nicht offen und frei heraus, daß ihrer Existenz ein Ende gemacht werden müsse, ihre Protegés besitzen ja die materielle Macht dazu; 150,000 Mann österreichischer Truppen reichen hierzu vollkommen aus, und diese Kleinigkeit kann ja Oesterreich jederzeit hergeben. Statt dessen verlangen sie von jenen Staaten, daß sie selbst sich das Garaus machen und ihre Existenz freiwillig auf dem Altar des Vaterlandes opfern sollen, um die Großmacht Oesterreich an Macht und Einfluß zu vergrößern und Baiern auch mit einem, wenn auch nur angemessenen Theil zur zweifelhaften Großmacht auszurüsten. Was ist denn aber Baiern mehr als Baden, Mecklenburg oder Oldenburg? Wollte man die Selbstständigkeit der Staaten danach beurtheilen, welcher Staat dem hohen Gang der Jahre 1848 und 1849 auf eigenen Füßen stehend Trotz bieten konnte und so in sich die Gewähr seiner eigenen Festigkeit trüge, da würde das jetzt den Mund so voll nehmende Oesterreich wohl am wenigsten ein Recht auf seine eigene Selbstständigkeit in Anspruch nehmen können. Sind die 150,000 M. russischer Truppen im Verein mit russischem Gelde und russischer Schlauheit, die den österreichischen Staat, der an seidenen Fäden hing, noch in letzter Stunde retteten, schon so ganz vergessen? während Baden, Sachsen, Mecklenburg etc. die Existenzlosen genannt werden. Und wiefern unterscheiden sich denn diese von jenen? Aber jetzt einen ganz andern Punkt: wie steht es denn mit dem Prinzip der Legitimität: ist nach den Lehren jener Presse die Legitimität von Schaumburg-Lippe nicht ebenso unantastbar als die des österreichischen Kaiserhauses? Doch die Widersprüche aller jener Deduktionen der zur Verwirrung der öffentlichen Meinung etablirten Preßanstalten darzulegen, ist eine zu unerquickliche Arbeit. Die Legitimität und Existenz der Kleinstaaten anzupreisen, fehlt es ihnen an den nöthigen Instruktionen und an Courage, wie es denn überhaupt bei ihnen gute Sitte ist, hinterrücks mit sophistischen Waffen zu kämpfen. (D. A. Z.)

München, 8. März. [Deficit.] In dem gestern der Kammer vorgelegten Budget für die letzten vier Jahre der gegenwärtigen Finanzperiode soll sich ein Deficit von etwas mehr als einer Million herausstellen, zu dessen Deckung der Finanzminister eine Erhöhung der Grund- und Dominialsteuer von $2\frac{1}{10}$ auf $3\frac{1}{10}$ Simplum vorschlägt.

△ **München**, 9. März. [Ein wichtiger Antrag. — Verurtheilung.] Unser Ministerium wurde heute höchst unangenehm berührt. Sie erinnern sich, daß Fürst Wallerstein einen Antrag in in der zweiten Kammer gestellt hat, **daß von Seiten des Staatsministeriums ungesäumt alle die kurhessische Frage und die baierische Intervention in jenem Lande berührenden Papiere auf den Tisch des Hauses niedergelegt werden mögen.** Nachdem nun der Ausschuß zur Prüfung der Anträge diesen in allen seinen Theilen als geeignet und vollkommen zulässig erklärt hatte, wählte dieselbe zum Referenten über diesen Gegenstand das einzige Mitglied der Fraktion der Linken, welches diesem Ausschusse angehörte, den Universitäts-Professor Dr. Narr. Diese Wahl wurde von der Kammermajorität fast einhellig mit größter Freude begrüßt. — Das hiesige Stadtgericht hat dieser Tage ein Erkenntniß gegen den Redakteur des „Volksboten" gefällt. Unsere Gesetzgebung läßt nämlich bei Ehrenbeleidigungen die Strafe durch Geld (Aestimations-Klagen) zu, welche sich der Größe nach, den ausdrücklichen gesetzlichen Bestimmungen zufolge, nach dem Stande der beleidigten Person richtet. Fürst Wallerstein ließ nun schon im vorigen Jahre gegen genannten Redakteur eine derartige Klage anhängig machen und stellte die Aestimations-Summe, jedoch zum Besten des Armenfonds, auf **10,000 Gulden**, in welche Summe nun der Redakteur des „Volksboten" wirklich verurtheilt wurde. Der Verurtheilte hat die Appellation ergriffen.

Stuttgart, 9. März. [Die Einberufung] einer Ständeversammlung steht in Aussicht. In einem vertraulichen Schreiben hat der Ministerial-Chef des Innern die ihm untergeordneten Beamten aufgefordert, die Gutgesinnten jeder Partei auf die bevorstehenden Landtagswahlen vorzubereiten, damit sie im Stande seien, schon vor dem Wahlausschreiben das Feld zu sondiren und zu bearbeiten. In einem dieser Tage abgehaltenen Ministerrathe soll die Einberufung gleich nach Ostern beschlossen sein, wozu sowohl die Erhebung der Steuern, wie die Rekrutenaushebung, der Eisenbahnvertrag mit Baden, wie die Postangelegenheit nöthigt, deren Regelung nun endlich mit Gewißheit dahin erfolgt ist, daß dem Fürsten Thurn und Taxis eine Entschädigungssumme von etwa 1,500,000 Gulden angeboten und von diesem angenommen ist.

** **Kassel**, 10. März. [Tagesbericht.] Heute Mittag rückten die drei kurh. Fußbatterien Artillerie und das Schützenbataillon, welche bisher noch im Hanauischen gestanden hatten, hier ein. Der kürzliche Empfang des 1. Infanterie-Regiments war höchsten Ortes übel vermerkt worden. Zur Verhinderung jeder derartigen Demonstration waren außerordentliche Vorkehrungen getroffen. Die ganze kurh. Besatzung war unter den Waffen. Infanterie und Kavalerie hielten die öffentlichen Plätze besetzt und sperrten die Straßen ab. Obgleich eine unabsehbare Menschenmenge sich versammelt hatte, so fiel doch nicht die geringste Störung vor. Die stille Begrüßung durch das Abnehmen der Hüte und Mützen konnte man freilich nicht verhindern. — Gestern hatten wir auch wieder das Schauspiel einer Kirchenparade, welche man im Jahre 1848 als einen Eingriff in die Freiheit des Gewissens eingestellt hatte. — Der k. preuß. Gesandte am hiesigen Hofe, Frhr. v. Thiel, ist hier angekommon.

Von der Elbe, 9. März. [Deutsche Flotte.] Unserer Mittheilung über die deutsche Flotte fügen wir bei, daß man doch auch über die österreichischen Vorschüsse in die Bundeskasse nicht allzuviel schreiben sollte. Sie betrugen im Jahre 1850, wie man hier wohl weiß, 338,000 Fl. Auch hat Oesterreich allerdings die Matrikularbeiträge für den Gesammtbedarf des ersten Halbjahres 1851 zu zahlen zugesichert (deshalb war ja Hofrath v. Nell hier), allein ausdrücklich mit der Bemerkung, daß es Zahlungen für die deutsche Flotte nicht anerkenne. (H. C.)

Malchin, 8. März. [Der Landtag] beschloß in seiner heutigen Sitzung mit großer Mehrheit, sich die landesherrliche Zusicherung zu erbitten, 1) daß, was an liquidirten oder zu liquidirenden Kosten für die schleswigschen und badischen Feldzüge, so wie für die Küsten-Defension und fremde Truppendurchmärsche aus der Bundeskasse erstattet werden würde, der allgemeinen Schuldentilgungskasse überwiesen, und 2) daß der gesammte Militäretat hinsichtlich des Aufwandes, sowie der Mannschaft auf das nach der Bundesgesetzgebung zulässige Minimum reduzirt werden solle.

Oldenburg, 7. März. [Landtag.] Bei der gestrigen Berathung des Landtages über das Budget der Centralausgaben hatte der Ausschuß beantragt, 2000 Thlr. Diäten für den Abgesandten zum deutschen Bunde zu beanstanden, weil die Nothwendigkeit der Verwendung zur Zeit noch nicht eingetreten sei. Der Ministerialrath wandte dagegen ein, daß die Bildung einer Centralgewalt in naher Aussicht stehe. Wie wenig der Landtag diese Meinung theilt, erhellt daraus, daß der Antrag des Ausschusses mit überwiegender Majorität angenommen wurde. (Z. f. N.)

Hannover, 10. März. [Vertagung.] Wie wir hören, wird das Budget, so eifrig an demselben gearbeitet wird, doch erst am Ende der nächsten Woche vorgelegt werden können. Die damit im Zusammenhange stehende Vertagung der Kammern dürfte zu der benannten Zeit eintreten. (Hannov. Z.)

Hamburg, 10. März. [Die Reaktion] schreitet täglich vorwärts und hoffentlich ihrem Untergange immer näher entgegen. Eine am 6. d. erlassene Verordnung hebt das Grundgesetz und das Wahlgesetz von 1849 im Lauenburgischen auf und stellt das vormärzliche Hörigkeitsverhältniß des Bauernstandes wieder her. — Heute Morgen sind das 2. Bataillon und 3 Kompagnien des 1. Bataillons des österreichischen Regiments Erzherzog Ludwig, nachdem sie vor Sr. k. k. Hoh. dem Erzherzog Leopold defilirt, von hier abgegangen. Der Stab des Regiments und der Rest des 1. Bataillons wird morgen folgen. Heute sind wieder 3 Kompagnien des 3. Bataillons vom Regiment Nugent eingerückt und hier untergebracht worden. — Von schleswig-holsteinschen Notabilitäten befinden sich der frühere Chef des Departements des Krieges, Amtmann Jakobson und der früher im Ministerium des Auswärtigen angestellte Dr. Karl Lorentzen (der Verfasser der „Neumünsterschen Adresse" von 1846) heute hier. General v. d. Horst war vorgestern in Altona. — Der österreichische Ministerialrath Ritter v. Neuwall ist wahrscheinlich zur Regulirung der Kosten des Durchzuges der aus Lübeck durch preußisches Gebiet nach Oesterreich zurückkehrenden Truppen, nach Berlin gereist, woselbst sich auch der frühere schleswig-holsteinsche Statthalter, Graf Reventlow-Preetz befindet. (N. Z.)

Kiel, 10. März. Graf Reventlow-Criminil wird im Laufe dieser Woche nach Kopenhagen sich begeben, wir meinen, um dort in Gemeinschaft mit dem Casino-Ministerio und Hrn. v. Tillisch die Designirung und Zusammenberufung der Notablen schließlich zu reguliren.

Kopenhagen, 8. März. Dem Vernehmen nach ist Se. Exc. geh. R. v. Tillisch gleichzeitig mit seiner Erhebung zum Ritter vom Elephanten-Orden zum Minister für Schleswig und zum Mitglied des Staatsrath ernannt. Inzwischen soll Se. Exc. doch nicht, fügt „Faedrel." hinzu, zum mindesten nicht fürs Erste, festen Wohnsitz in Kopenhagen nehmen, sondern abwechselnd in Flensburg und hier sich aufhalten, jenachdem seine Anwesenheit an einer dieser Stellen am nothwendigsten erscheint. Auch soll er nicht von einem Andern als schleswigschen Regierungs-Kommissar abgelöst werden, sondern die unmittelbare Verwaltung des Herzogthums behalten, die in seiner Abwesenheit von dem Departementschef besorgt werden soll.

Oesterreich.

N. B. **Wien**, 11. März. [Strafgesetzbuch. — Preßverbrechen. — Volksschule. — Persigny. — Schwarzenberg soll nach Dresden reisen.] Das neue Strafgesetzbuch enthält die Sanktion des Kaisers, und wird in einigen Tagen veröffentlicht. Mit dem Erscheinen desselben zerfallen auch alle in Bezug auf das neue Preßgesetz in Umlauf gebrachten Gerüchte, da die **Bestimmungen über Zurechnung bei Verbrechen in Drucksachen in das allgemeine Strafgesetzbuch aufgenommen wurden.** Nach diesem neuen Strafgesetze werden, wenn die Verbrechen durch den Inhalt einer Druckschrift begangen wurden, der Verfasser, der Redakteur und der Herausgeber als schuldig angesehen, wenn nicht von einem der Beschuldigten der Beweis geliefert wird, daß die Drucklegung wider seinen Willen erfolgte. Wenn kein Redakteur, Verfasser oder Verleger ermittelt werden kann, so wird der Betriebsbesorger oder Drucker verantwortlich. — Mit der Verurtheilung, die nach dem Paragraphen des allgemeinen Strafgesetzes erfolgt, ist der Betreffende von jeder verantwortlichen Redaktion für immer ausgeschlossen. Er verliert das Wahlrecht, und die Wählbarkeit zum Reichstage, zu den Landtagen und Gemeindeausschüssen, und ist für das Amt eines Geschworenen unfähig. Oeffentliche Titel, Orden, Würden, Ehrenzeichen, ein öffentliches Amt, Advokaturen, Agenten, Notariate, Pensionen, Pfründen, Provisionen, Erziehungsbeiträge, werden ihm mit dem Verluste, solche je wieder erlangen zu können, abgenommen. Selbst das Recht, Parteien vor einer öffentlichen Behörde zu vertreten, verliert er. **Diese Folgen treffen auch Alle, welche durch Befehl, Anrathen, Unterricht, Lob und dgl. die Drucklegung einleitet, vorsätzlich veranlaßt, zu ihrer Ausführung Vorschub gegeben, Hilfe geleistet, oder aus denselben Gewinn gezogen haben.** In allem Uebrigen finden sich die Bestimmungen wegen verübten Verbrechens durch Druck mit den allgemeinen Strafparagraphen in Einklang gebracht, und es kann deshalb auch auf Todesstrafe erkannt werden. **Mit 1. Juni d. J. tritt dieses Gesetz in Wirksamkeit, und ist für das ganze Reich gültig. Die näheren, die Presse** betreffenden Bestimmungen, welche nicht zum Strafverfahren gehören, dürften den Gegenstand noch zu erwartender Bestimmungen bilden.

Die Verhandlungen des Gemeinderathes mit dem fürsterzbischöflichen Konsistorium, in Bezug auf die Einflußnahme bei den Volksschulen machen sich seit Kurzem wieder bemerkbar. So wandte sich der Gemeinderath abermals an das Konsistorium, um von diesem halbjährige Ausweise über den Stand, die Verwendung und die Brauchbarkeit aller Lehrer zu erlangen. Dieser Fall führte schon im vorigen Jahre zu einem Konflikt zwischen beiden Behörden, indem sich das Konsistorium gegen jeden Einfluß erklärte, welchen der Gemeinderath allenfalls auf die Besetzung der Schullehrer-Posten beanspruchen könnte, wie es scheint, haben sich die Ansichten des Konsistoriums seit jener Zeit nicht geändert, und der Konflikt dürfte daher in eine neue Phase treten.

Man will wissen, daß Herr v. Persigny nächstens hier eintreffen wird. Dies wäre von um so größerer Wichtigkeit, da er als Rathgeber und Vertrauter des Präsidenten, den größten Einfluß auf den Gang der auswärtigen Politik Frankreichs ausübt.

Vom Justizministerium erscheint nächstens ein Gesetz, in wiefern die Stellung eines Verbrechers nach ausgestandener Strafe unter Polizei-Aufsicht Platz greifen könne. Dies soll nur dann der Fall sein, wenn die Gerichte bei der Urtheilsfällung ausdrücklich als Strafverstärkung darauf erkennen.

Der Minister-Präsident, Fürst v. Schwarzenberg, geht diese Woche wieder nach Dresden und erwartet man von dieser letzten Zusammenkunft günstige Resultate. Jedoch sollte ein Widerstand von irgend einer Seite fortgesetzt werden, so ist unser Kabinet fest entschlossen, demselben mit allem ihm zu Gebote stehenden Einfluß zu begegnen. (!!)

Großbritannien.

(*) **London**, 9. März. [Die Bill über die päpstlichen Uebergriffe] wird der Popularität des Whig-Kabinets entschieden Abbruch thun.

Nach den Erklärungen Sir Grey's bleibt an der ursprünglichen Bill nichts als der erste Paragraph. Die zwei folgenden mißfielen den katholischen Bischöfen von Irland, weil sie die Ordination der Priester und die Wohlthätigkeits-Vermächnisse berührten. Diese allein waren es auch, welche der römische Hof fürchtete, und so wird denn der heilige Stuhl triumphiren und das protestantische England vor den Wünschen der Papstherrschaft gedemüthigt werden.

Der zweite Paragraph annullirte jeden Akt, der unter dem verbotenen Titel vollzogen wurde; der dritte konfiscirte sämmtliche Güter, welche den Prälaten mit den verbotenen Titeln vermacht wurden. Man warf gegen den zweiten ein, daß er sämmtliche geistlichen Akte der katholischen Bischöfe unwirksam machen würde, und gegen den vierten, daß er die alten Gebräuche verletze.

Ein unendliches Gelächter im Unterhause empfing die Mittheilung von dem Aufgeben dieser zwei Paragraphen. Einige Redner haben sich darüber lustig gemacht, einige sprachen mit Entrüstung. Sir Robert Inglis, der Chef der ultra-protestantischen Partei, sagte, daß die Bill anfänglich Wasser und Milch gewesen, jetzt aber hätte man auch die Milch weggenommen. Er fügte hinzu, daß es das Drama Hamlet wäre, ohne die Rolle Hamlets. Fast sämmtliche Redner forderten das Gouvernement auf, seine Proposition zurückzuziehen.

Die Debatte wird Freitag eröffnet werden; die Bill wird wahrscheinlich durchgehen, denn das Haus will keine neue Minister-Krise. Sollten sich aber die Protektionisten und Peeliten mit den Liberalen und den irischen Deputirten verbinden, so muß die Proposition unfehlbar fallen. Geht sie aber auch im Unterhause durch, so steht ihr im Oberhause jedoch ganz wahrscheinlich das entgegengesetzte Schicksal bevor.

Die Nachrichten vom Cap haben einen traurigen Eindruck hervorgebracht. Glücklicherweise ist der Gouverneur der Kolonie, Sir Smith, ein Veteran des tapfersten Muthes und von bedeutender Kapazität; er hat viele Siege in Indien erfochten. Der letzte Krieg mit den Kaffern hat England 2 Millionen Pfund Sterl. gekostet. — Gestern haben im Kriegsministerium wichtige Konferenzen stattgefunden, um über die abzusendenden Verstärkungen Beschluß zu fassen. Das Resultat dieser Konferenz ist sehr befriedigend ausgefallen; die beiden Departements des Krieges und der Marine sind vollkommen im Stande, den Ereignissen an der afrikanischen Küste zu begegnen.

Der Text der amendirten, antipäpstlichen Bill lautet folgendermaßen:

„In Betracht, daß durch die Akte aus dem zehnten Regierungsjahre des Königs Georg IV., Kapitel VII., nach dem gesagt wird, daß die protestantische Kirche in England und Irland mit ihren Doktrinen, ihrer Disziplin und ihrem Gouvernement, so wie die presbyterisch-protestantische Kirche von Schottland mit ihren Doktrinen, ihrer Disziplin und ihrem Gouvernement in permanenter und unverletzlicher Weise eingerichtet worden sind, und daß das Recht und der Titel der Erzbischöfe über ihre respektiven Provinzen, der Bischöfe über ihre Sprengel und der Dekane über ihre Dekanate in England wie in Irland durch das Gesetz festgestellt sind, angeordnet worden ist, daß wenn Jemand außer der legal autorisirten Person den Namen und Titel des Erzbischofs, Bischofs und Dekans in England und Irland anwendete, er für dieses Vergehen zu einer Geldstrafe von 100 Pfd. St. verurtheilt würde.

„In Betracht, daß man bezweifeln könnte, ob diese Bestimmung sich auf die Annahme von erzbischöflichen und bischöflichen Titeln beziehe, welche nicht mit dem Namen einer Provinz oder Diözese eines von dem Gesetze anerkannten Bischofs bezeichnet sind, da aber der Versuch unter dem Vorwande einer Autorisation von Rom oder anderswoher zur Errichtung solcher Diözesen illegal und nichtig ist, und daß die Usurpation der damit verbundenen geistlichen Titel unverträglich ist mit den Rechten, welche die gegenwärtige Bestimmung schützen will, und in Anbetracht, daß es wichtig ist, die Usurpation dieser Titel auf allen Plätzen des vereinigten Königreichs zu verhindern, so wird von jetzt ab durch Ihre Majestät die Königin auf Rath und Zustimmung der geistlichen und weltlichen Lords in dem gegenwärtigen Parlament und mit seiner Autorisation angeordet, daß:

Wenn nach Annahme der gegenwärtigen Akte Jemand außer den durch das Gesetz autorisirten Personen den Namen, Titel, oder Benennung Erzbischof, Bischof oder Dekan einer Stadt, eines Territoriums, oder eines Distrikts (unter irgend welcher Bezeichnung) in dem vereinigten Königreiche annimmt, oder anwendet, sei der besagte Platz der Sitz eines Erzbischofs, Bischofs oder Dekans der englischen Kirche oder nicht, so soll die dieses Vergehens beschuldigte Person mit der Strafe von 100 Pfund Sterl. belegt werden, welche, wie es in der angeführten Akte gesagt ist, erhoben wird."

Der Herzog und die Herzogin von Nemours haben der Königin im Palais Buckingham einen Besuch abgestattet.

Die hiesigen Blätter melden die Ankunft „des Chefs der neu-katholischen, deutschen Kirche, Herrn Ronge". Derselbe beabsichtigt hier Konferenzen zu halten über Fragen bezüglich seines neuen Glaubens.

Frankreich.

× **Paris**, 9. März. [Tagesbericht.] Etwas Hervorstechendes in der gegenwärtigen Situation ist die Theilung der Kammer-Parteien ins Unendliche. Es giebt nicht nur Montagnards, entschiedene Republikaner, gemäßigte Republikaner, Mitglieder des tiers-parti, Orleanisten, extreme und gemäßigte Legitimisten, Bonapartisten, Fusionisten und Antifusionisten, sondern jede dieser Fraktionen theilt sich selbst wieder in eine Menge Nüancen ab. Jede ein wenig hervortretende Individualität pflanzt die eigene Fahne auf und bildet ein besonderes Lager. So sind nun jetzt auch Divergenzen zwischen den Mitgliedern der parlamentarischen Partei ausgebrochen. Hr. Thiers und General Changarnier verstehen sich nicht mehr. Der General glaubt die Ueberzeugung zu haben, daß die Herren Thiers, Jules de Lasteyrie, Piscatory u. m. A. die Kandidatur des Prinzen Joinville für die Präsidentschaft der Republik begünstigen. Er sieht ein, daß niemals daran gedacht worden ist, wie er es glauben konnte, ihn als Gegenkandidat zu Hrn. Bonaparte aufzustellen. Der General soll sich nun entschieden unter die theoretische Fahne der Fusion gestellt und sich auch dahin erklärt haben, daß er es übernehmen wolle, die Einwürfe der Herzogin von Orleans in diesem Punkte zu überwinden.

Die Veränderungen in dem Präfekten-Personal haben viel böses Blut gemacht. Der Minister des Innern, Hr. Baisse, wird nun natürlich auch mit Vorwürfen von allen Seiten überschüttet, und doch ist der arme Mann ganz unschuldig, denn es wird behauptet, daß der Minister von den vorzunehmenden Veränderungen erst in Kenntniß gesetzt worden ist, als er die Ordonnanz unterzeichnen sollte. Man klagte den Präsidenten an, daß er alte Beleidigungen nicht vergißt, was er bei diesen Veränderungen bewiesen haben soll. Anderseits hat er aber den Beweis geliefert, daß er auch erwiesene Dienste nicht vergißt. So hat er jüngst den Marine-Offizier Villeneuve zum Kommandeur in der Ehren-Legion ernannt. Herr Villeneuve kommandirte das Schiff, welches den nach den Vereinigten Staaten verbannten Bonaparte führte, und theilte die Garderobe mit ihm. „Ich bin sehr arm und elend, sagte damals der zukünftige Präsident der Republik zu Herrn Villeneuve, aber denken Sie daran, daß derjenige, den Sie jetzt unterstützen, einst Kaiser der Franzosen sein wird." — Es ist eine schöne Sache um den Glauben, aber jene Hoffnung ist jetzt noch unwahrschein-

scher, als damals, wenn man nicht etwa, wie Herr Thiers, das Kaiserreich in der Verlängerung der Präsidialgewalt erblickt.

Die Angelegenheit mit dem Wahlen der Nationalgarde ist noch nicht ganz erledigt und fährt fort, die Regierung und die Kommission zu spalten. Da die Funktionen der Offiziere mit dem 28. d. M. erlöschen, so will die Kommission die Einbringung eines transitorischen Gesetzes, welches die Offiziere in ihren Funktionen bestätigt bis die Neuwahlen nach dem organischen Gesetze werden vorgenommen werden können. Die Regierung hingegen will von keinem transitorischen Gesetze wissen, und dies giebt wieder den Keim zu einem neuen Konflikte.

Die ministerielle Kombination, von der ich gestern meldete, kommt nicht vorwärts. Täglich finden Sitzungen statt, um ein neues Kabinet zu Stande zu bringen, was aber bis jetzt noch nicht gelungen ist. Ein Haupthinderniß hierbei ist der Wille der Frau Odilon Barrots. Diese Dame würde nur sehr ungern ihren Gemahl zu den Geschäften zurückkehren sehen, und sie wendet ihren ganzen Einfluß an, um ihn daran zu verhindern.

Eine heute zirkulirende Ministerliste nennt Herrn Barrot als Minister des Auswärtigen, Herrn L. Faucher für das Innere, und Herrn Baroche für die Justiz.

Wie ich aus sicherer Quelle erfahre, ist der Eindruck, den die Promenade am Fastnachts-Dinstag auf den Präsidenten gemacht hat, noch nicht aus seiner Seele geschwunden. Herr Bonaparte ist sehr niedergeschlagen. Nicht der Ruf: „Es lebe der Sozialismus!“ haben den niederschlagenden Eindruck auf ihn gemacht, sondern, daß er fast Niemanden bemerkt, der den Hut vor ihm abgenommen hätte. Er soll seinen Schmerz in den Worten ausgedrückt haben: „Aber ist denn Niemand mehr mit mir? O, es giebt Augenblicke, wo ich die Partie für ein Nichts aufgeben möchte!“

Bei den zahlreichen Konjunkturen für die Gegenwart, welche jetzt gemacht werden, bilden die arbeitenden Klassen den Thermometer, welchen der politische Astronom jeden Tag zu Rathe zieht. Ein paar Worte darum über die Physiognomie dieser Klassen, wie sie sich gegenwärtig dem Beobachter zeigt.

Die Vorstädte und die Ateliers sind vollkommen ruhig; wenn ein abenteuerlicher Demagog auch nur die geringste anarchische Demonstration versuchte, so würde er auf einen weit energischeren Widerstand Seitens der arbeitenden Bevölkerung stoßen, als Seitens der Polizei, und das will viel sagen. Aber diese Ruhe ist das Gefühl eines Siegers. Ob mit Recht oder mit Unrecht, die Massen leben in der Ueberzeugung, daß die republikanische Partei stärker ist, als die konservative. Das Volk ist überzeugt, daß die Zukunft ihm angehört, daß das allgemeine Stimmrecht ihm wiedergegeben werden wird, daß seine Männer im Jahre 1852 an die Gewalt kommen werden, und daß es sich wohl hüten wird, durch eine äußerste Thorheit einen Succeß zu kompromittiren, der ihm gesichert erscheint.

Welche Idee macht sich das Volk aber von dem Gouvernement seiner Wahl? Was erwartet es von einem Zustand der Dinge, wie es ihn aus den nächsten Verhältnissen hervorgehen zu sehen hofft? Ist es das Utopien Cabets oder das von Louis Blanc, ist es die Anarchie Proudhons, der Jakobinismus Ledrü-Rollin's, oder das Militärwesen Blanqui's? Nein, nichts von alle dem. Die Massen geben diesen Chefs ihre unbegränzten Sympathien, weil sie ihnen dankbar sein zu müssen glauben; aber die Majorität der Arbeiter will nichts anderes als die Erhaltung der Republik, die Wiederherstellung des allgemeinen Stimmrechts, und eine Rücksicht bei der Regierung für die Leiden und die Bedürfnisse der Arbeiter-Familien.

Das Volk, wie es heute ist, in seinen Forderungen relativ mäßig, würde also im Jahre 1852 eher ein Gegengewicht als eine Gefahr sein, wenn es bei diesem vernünftigen Instinkt zu einem Kampfe kommen sollte. Leider ist aber die Menge tausend und tausend Zufällen preisgegeben. Die Führer werden von allen Enden des Horizonts herbeikommen, um ihren Zorn anzufeuern; die Konservativen werden als einen Fehler begehen, das Gouvernement nicht minder, und die Menge kann gleich sehr bewegt werden. Die Ruhe von heute kann Morgen zur Fluth werden. Es ist außerdem auch nicht zu verkennen, daß neben der gesunden Bevölkerung jene Kategorie der Müßiggänger, Fanatiker und Verbrecher, die aus der Revolution ein Metier macht, bedeutend gewachsen ist. Dieser Generalstab jeder Revolte, wird die günstige Gelegenheit, sich zu erheben, nicht vorübergehen lassen, und da nichts sich ansteckender findet, wie ein ernstlicher Arbeiter einen falschen, so würde ihr Beispiel genügen, um eine große Anzahl Anderer nachzuziehen. Hierin liegt die Gefahr der Zukunft, trotz der Ruhe der Gegenwart.

Lord Normanby ist gestern aus London hierher zurückgekehrt.

Rußland.

In Bezug auf die in Polen reisenden Fremden zu gewährenden Erlaubniß, Waffen mit sich zu führen, hat der Fürst Statthalter Folgendes verordnet: 1. Der nach Polen kommende Reisende soll nur diejenigen Waffen mitbringen, die er zum eigenen Gebrauche bedarf; für jede Familie ist nur ein Gewehr und ein Säbel, oder ein Säbel und zwei Pistolen gestattet. Bei dem Vorzeigen der Pässe sollen sich die Polizeibehörden auch von der Zahl der eingeführten Waffen überzeugen, und [illegible] Erlaubnißschein [illegible] die Zahl der Waffen bemerken, zur Controle bei der Rückfahrt der Reisenden. Diese Vorschrift findet jedoch keine Anwendung auf Personen höheren Standes, Militärpersonen und Kuriere. 2. [illegible] Waffen [illegible] durch Vermittelung der Konsulate [illegible] im Königreich Polen sich aufhaltenden Reisenden [illegible] Waffen gerechnet werden [illegible] 3. [illegible] in Rußland geboren sind, [illegible] Dienste und Beamte, welche [illegible] Waffen besitzen.

Osmanisches Reich.

O. C. **Aus Bosnien,** 28. Febr. Die ganze Kraina befindet sich in neuem Aufstande, und dies in höherem Maße, als im verflossenen Jahre. Die Stärke der Insurgenten ist noch nicht ermittelt, dieselben sind in drei Korps getheilt; die erste, welche gegen Livno, die zweite, welche gegen die Posavina und die dritte, welche gegen Dajec und gegen Travnik aufbrach. Mustafa Pascha Metemendi, welcher aus Tuzla nach der Kraina mit 2000 Mann Infanterie marschirte, [illegible] gegen Kavallerie-General Arab Mehmed Pascha. Als Hauptquartier für diese Truppen ist Dolaz, eine Festung Travniks, bestimmt, deren Einwohner in die nächstgelegenen Dörfer sich flüchteten. In Tuzla sind als Besatzung blos 60 Arnauten zurückgeblieben. Am 25. ist Ibrahim Pascha aus Sarajevo nach Mostar eiligst aufgebrochen. [illegible] in Banjaluka alle Krämerläden geschlossen, was als ein Symptom allgemeinen Aufstandes anzusehen ist. Die Mohamedaner bleiben stets im Rücken der zum Theil unbewaffneten Christen und treiben sie mit Waffengewalt zum Angriffe. Die Christen verweigern absolut, sich in die neue Ordnung der Dinge zu fügen, und erblicken in jeder Reform eine Bedrückung und Schmälerung ihrer Rechte. Die Pforte und ihre Mandatare setzen dagegen alle Energie darein, den reformistischen Bestrebungen des Divans Achtung und Geltung zu verschaffen. Von besonderer Wichtigkeit ist der neue Aufstand der Kraina nicht (?) und man nimmt an, daß derselbe binnen 4 bis 6 Wochen niedergeschlagen sein werde.

Provinzial-Zeitung.

Sitzung des Gemeinde-Rathes am 10. März.

Vorsitzender: Herr Justizrath Gräff. Anwesend 83 Mitglieder der Versammlung.

1. Von dem Magistrate waren der Versammlung zur Kenntnißnahme mitgetheilt: Ein Reskript der königl. Ministerien des Handels und der Finanzen, in Bezug auf die an die erste Kammer gerichtete und von derselben an das königl. Staatsministerium abgegebenen Petition, wegen Uebernahme der hiesigen Bankgerechtigkeitsschulden auf die Staatskasse. Das Gesuch wurde unter Hinweisung auf den Erlaß vom 24. April 1850 und auf die allerh. Ordre vom 16. Januar 1834 wiederholt zurückgewiesen. — Ein Erlaß des Herrn Handelsministers in Betreff der Erhebung der direkten Beiträge von hiesigen Gewerbetreibenden zum Bankgerechtigkeiten-Ablösungsfonds. Der Herr Minister hatte von dem Beschluß der städtischen Behörden, gegen die angeordnete Wiedererhebung dieser Beiträge bei dem königl. Staatsministerium Rekurs einzulegen, Akt genommen und reskribirte, daß das königl. Staatsministerium nur in den Fällen Rekurs-Instanz sei, wo dies durch ein Gesetz ausdrücklich bestimmt worden. Dazu gehöre die in Rede stehende Angelegenheit nicht. Es müsse deshalb darauf aufmerksam gemacht werden, daß jener Beschluß auf die Ausführung der der königl. Regierung ertheilten Instruktion ohne Einfluß und eine weitere Verzögerung nicht zu gestatten sei. Magistrat bemerkte, daß die königl. Regierung in Folge des Ministerial-Erlasses die gemessenste Anweisung ertheilt habe, demselben nunmehr sofort zu entsprechen und die Hebungsrollen binnen genau drei Wochen zur Prüfung und Bestätigung einzureichen. An diese Mittheilung reihte sich die in derselben Angelegenheit vom Magistrate entworfene Vorstellung an das königl. Staatsministerium. Unter Berufung auf die Verfügungen des Herrn Handelsministers heißt es darin, daß der Magistrat, welcher das Ablösungsgeschäft seit dessen Bestehen in höherem Auftrage kommissarisch verwaltet, sich zwar der Ausführung der Befehle des Herrn Ministers nicht länger habe entziehen dürfen und deshalb die Veranlagung der Beiträge bereits in Angriff genommen habe. Gleichwohl würden die städt. Behörden den Anforderungen ihrer unverbrüchlichen Pflicht: als Vertreter der Stadt deren Interessen und die ihrer Einwohner wahrzunehmen, nicht vollständig genügt zu haben glauben, wenn sie es unterließen, die endliche Entscheidung in der wichtigen Angelegenheit auch vor die letzte gesetzliche Instanz zu bringen, und die Gründe für ihre von der des Herrn Handelsministers abweichende Ansicht über die rechtliche und faktische Sachlage der hochgeneigten Erwägung des königl. Staatsministeriums anheimzugeben. Nach einer ausführlichen Darlegung der vornehmlichsten Gründe des Rechts und der Billigkeit schließt die Vorstellung mit der Bitte: das königl. Staatsministerium wolle unter Abänderung der diesfälligen Anordnungen des Hrn. Handelsminister gestatten, daß von der Einziehung der direkten Beiträge von den Gewerbetreibenden zum Ablösungsfonds fernerweit mit der Maßgabe abzustehen sei, daß die planmäßige Tilgung der B.-G.-A.-Schulden aus den indirekten Einnahmen des Ablösungsfonds zu Stande gebracht werde. — Die Versammlung beschloß die Mitvollziehung der Vorstellung.

2) Der königl. Oberst a. D., Hr. Chorus, der Kaufmann Herr Ottomar Molinari und der Gemeindeverordnete Herr C. F. Heymann lehnten die Annahme der Wahl zu unbesoldeten Stadträthen ab. Die angeführten Ablehnungsgründe wurden von der Versammlung als triftig anerkannt und die Vornahme neuer Wahlen beschlossen.

3. Stadtrath Herr Pulvermacher beschwerte sich in einem an die Versammlung gerichteten Schreiben, daß bei einer am 5. März stattgefundenen Berathung einer Fraktion des Gemeinderathes er als der Verfasser eines Schmähgedichtes auf des Königs Majestät bezeichnet worden sei. Da seine persönliche Ehre wie seine amtliche Stellung von ihm forderten, den Erfinder jener Lüge zur Rechenschaft zu ziehen, so ersuche er den Gemeinderath, ihn in der Bemühung zur Wiederherstellung seiner schwer gekränkten Ehre zu unterstützen und deshalb zu veranlassen, daß der Gemeindeverordnete, welcher die Anschuldigung ausgesprochen, sich nenne und die Quelle angebe, aus welcher er seine Wissenschaft geschöpft habe. Da die Bezichtigung in einer Versammlung von vielleicht 50 Personen, mithin öffentlich geschehen, so könne der Antragsteller erwarten, daß auch sein Gesuch in öffentlicher Sitzung vorgetragen und demselben die Anerkennung der Dringlichkeit gesichert werde. Für die Dringlichkeit erklärte sich bei der Abstimmung die Majorität der Versammlung, sie erachtete aber den Gemeinderath nicht für kompetent, sich der weiteren Einschreitung in dieser Angelegenheit zu unterziehen.

4. Die nachträgliche Genehmigung erhielten die im vorigen Jahre bei einigen Kämmerei-Verwaltungsbranchen und bei mehreren Instituts-Verwaltungen stattgefundenen Etats-Ueberschreitungen im Gesammtbetrage von 535 Thalern. Ebenso bewilligte die Versammlung die Mittel zur Beschaffung von Lokalien für die in den Vorstädten einzurichtenden Filial-Impf-Anstalten und zur Errichtung einer neuen Stelle im Dienstboten-Hospital. Das Gesuch der Direktoren des 2., 3., 4. und 5. Spar-Vereins um Bewilligung eines Geldquantums, welches groß genug sei, die Verwaltungskosten, nach Verwendung der von den Ehrenmitgliedern der Vereine etwa noch eingehenden Beiträge, zu decken, erhielt die Armen-Kommission zur Prüfung und gutachtlichen Aeußerung. Ein Gesuch um Erlaß des Pachtgeldes für eine Schlittschuhbahnstrecke auf dem Stadtgraben ward dem Magistrat zur Erklärung zugestellt.

5. Das Gutachten der Schulen-Kommission über den Elementarschulen-Etat befürwortete im Allgemeinen die Genehmigung. Nach den von der städtischen Schulen-Deputation für nothwendig erkannten und zur Ausführung angelegentlich empfohlenen weiteren Verbesserungen der Elementar-Schulen städtischen Patronats wird für dieselben gegen früher ein erheblich größerer Kostenaufwand erforderlich. Die projektirten Verbesserungsvorschläge zielen zunächst auf Erweiterung und Vermehrung der Schulen. Es sollen daher alle städtischen Elementarschulen mit dritten Klassen versehen werden, um der bisherigen Ueberfüllung abzuhelfen, einen gleichmäßigen Lehrplan zu ermöglichen, allen schulpflichtigen Kindern den Vortheil aus einer vermehrten Gliederung des Unterrichts zu sichern und die für eben so zweckmäßig als nöthig befundene Trennung der Geschlechter durchzuführen. Es soll ferner die Vermehrung der Schulen stattfinden und zu diesem Behuf eine evang. und eine kath. Elementarschule, jene im westlichen Theile der Schweidnitzer Vorstadt, diese in der Nikolaivorstadt neu errichtet und dem auch in dem östlichen Theile der Schweidnitzer Vorstadt hervortretenden Bedürfnisse eine Vermehrung der Unterrichts-Gelegenheit durch Einrichtung einer zweiten Klasse in der Mildeschen Stiftungsschule auf Kosten der Kommune, genügt werden. In den älteren dreiklassigen Elementarschulen bestand bisher neben der Hebung des Schulgeldes noch die Hebung eines Dintengeldes. Man hat dies als einen nicht länger zu duldenden Uebelstand erkannt und für angemessen erachtet, jede Hebung neben dem Schulgelde zu beseitigen und die Beschaffung aller erforderlichen Lehrmittel auf den Schulenfonds zu übernehmen. Obschon die meisten dieser Veränderungen erst mit Johannis d. J. ins Leben treten sollen, so erreicht der Mehrkostenbetrag für 1851 dennoch die Höhe von 6722 Thalern, wovon als einmalige und daher künftig wegfallende Ausgabe zwar 3741 Thaler bezeichnet sind, die man indeß als eine dauernde Verminderung des künftigen Gesammtaufwandes nicht betrachten kann, da im nächsten Etat die gegenwärtig nur für ein halbes Jahr bemessenen neuen Gehälter und Gehaltsverbesserungen, die Kosten für Beheizung, Beleuchtung, Bereinigung, die Miethen u. s. w. mit dem vollen Jahresbetrage in Ansatz kommen. Die Ausgabe für das laufende Jahr ist für die 29 Schulen (24 evangelische und 5 katholische) mit 34,734 Thalern veranlagt, davon werden durch die Schulgelder und durch einige andere kleine Intraden des Schulenfonds nur gedeckt 7094 Thaler und es muß das Kämmerei-Aerar zuschießen 27,640 Thaler. Die Einnahme im Etat ist zwar mit 12,394 Thalern angegeben, darunter befinden sich aber 5300 Thaler als Schulgeld, welches die städtische Armenpflege an den Schulenfonds für Freischüler zu zahlen hat und wozu sich dieselbe nur die Mittel in dem Zuschusse, den sie selbst von der Kämmerei empfängt, zu verschaffen vermag. So ansehnlich auch die größere Belastung der Kämmerei ist, welche aus den beabsichtigten Veränderungen erwächst, so ging die Versammlung auf die Befürwortung ihrer Prüfungskommission, den Etat in seiner Aufstellung ungekürzt zu genehmigen, doch bereitwillig ein, von der Ueberzeugung durchdrungen, daß das, was für die sorgfältige Erziehung und Ausbildung der künftigen Generation verwendet wird, der Kommune nur reichliche Zinsen eintragen kann. In Erinnerung kam die noch fehlende Auskunft über das Ergebniß der bei der Prüfung des vorjährigen Etats bereits beantragten Revision und Regulirung des Freischulenwesens, das nach Maßgabe des von der Armenpflege zu zahlenden Schulgeldes einen immer größeren Umfang nimmt.

Gräff. Krug. Aderholz. Friese.

* **Breslau,** 12. März. [Ein heller Sonnenblick in der Gemeinderaths-Versammlung zu Breslau.] Am 10. März d. J. wurden in der Gemeinderaths-Versammlung zu Breslau Beschlüsse gefaßt, die für die Zukunft des Breslauer Elementarschulwesens von der größten Wichtigkeit sein werden. Es war nämlich einer Kommission des Gemeinderaths die Berathung über die Erweiterung der bisherigen zweiklassigen Elementarschulen zu dreiklassigen, ferner das Gutachten über die Gründung von drei neuen Elementarschulen (kath. und evang.), über die Festsetzung des Gehalts des zweiten Lehrers jeder dieser Schulen auf 300 Thlr., über die Pensionirung einzelner Lehrer und über Gehaltszulagen für einzelne Lehrer übertragen worden. Es stellte sich bei der Prüfung des Etats für Schulen heraus, daß die Ausführung jenes Planes eine Mehrausgabe von mindestens 6000 Thlr. erheische, die jedoch nicht alljährlich in dieser Höhe wiederkehren würde. Ein Mitglied dieser Kommission, Herr Direktor Dr. Wissowa, war bemüht, durch eine eindringliche Ansprache die Versammlung auf die enorme Summe, welche die Kommission zur Bewilligung beantragen würde, vorzubereiten, gedachte dabei der rühmenswerthen Bestrebungen der ehemaligen Stadtverordneten-Versammlung in Bezug auf die Förderung des Elementar-Schulwesens, und fordert den Gemeinde-Rath auf, seine große Intelligenz dadurch zu beweisen, daß man nicht nur in die Fußtapfen jener Versammlung trete, sondern sie wo möglich noch in der Sorge für die Bildung unserer Kinder übertreffe, indem er eben so dringlich als herzlich von der Anwendung des Sparsystems auf die Schulen abmahnte, und zu beherzigen bat, daß kein Kapital besser angelegt werden könne, als das, welches man zur Förderung der Jugendbildung verwende. Ein anderes Mitglied des Gemeinderaths (Hr. Kaufmann Worthmann) fügte hinzu, die Erweiterung und Vermehrung der Elementarschulen sei durchaus nöthig, denn alle Klassen derselben leiden an Ueberfüllung von Schülern, und es seien die rüstigsten Lehrkräfte nicht im Stande, dem Bedürfniß der Bildung zu entsprechen. Ein drittes Mitglied (Hr. Steuer-Sekretär Stier) sprach sich ebenfalls im Sinne Wissowa's für die Bewilligung der Zuschuß-Summe aus, was deshalb überraschte, weil derselbe in einer der früheren Sitzungen aus Gründen gegen die Vermehrung der Ausgaben auf Gehaltserhöhung der Lehrer das Wort ergriffen hatte. Die Abstimmung über die Anträge zeigte eine höchst erfreuliche allgemeine Zustimmung des Gemeinderaths. — Einen wohlthuenden Eindruck machte auch die Unterhandlung über eine Gehaltszulage für den Lehrer an der Fabrikschule, dessen Wirksamkeit und benachtheiligte Stellung als Vertreter der erkrankten Lehrer von Dir. Gebauer und Voigt an's Licht gestellt wurde. Im Glanzpunkt zeigte sich der Gemeinderath über den Antrag auf die bevorstehende Pensionirung eines Elementarlehrers, der fast 40 Jahre im Amte stehe, Vater von 6 Kindern sei, unter denen das jüngste erst 6 Jahr alt wäre und eine Tochter an Blödsinn leide; der mit seinen geistigen Kräften einer gesegneten Wirksamkeit nicht mehr gewachsen sei. In Rücksicht auf die Dürftigkeit der Lage des Mannes und eingedenk seines treuen Wirkens in früherer Zeit beantragte die Kommission statt der gesetzmäßigen Pension von etwa 230 Thlr. eine Pension von 375 Thlr. — Als andere Propositionen zur Sprache kamen (325 Thlr.) verlangte die Versammlung wiederholentlich und lebhaft die Abstimmung, welche einstimmig für 375 Thlr. ausfiel. — Den Eindruck, den diese Beschlüsse auf die zahlreich anwesenden Lehrer machten, vermag Ref. nicht zu schildern. „Eine so günstige Abstimmung“, sagte einer der Lehrer, „ist seit einem Jahrzehend hier nicht vernommen worden.“ Auch Ref. verließ die Versammlung in einer freudig erregten Stimmung über die wahrgenommene Wärme, welche die hochachtbaren Mitglieder des Gemeinderaths für die Schulen und Lehrer an den Tag legten. Es traten in seine Erinnerungen Aeußerungen, die er früher in diesen Räumen vernommen, z. B. daß die Lehrer nie genug hätten, daß ein Bürger froh sein würde, wenn er eine jährliche Einnahme von 200 bis 300 Thlr. hätte, und daß ein Hausknecht (eines Kaufmanns) ja auch nicht mehr als monatlich 12—13 Thlr. bekomme. Und als er jüngst von einem jener Herren den Einwurf hören mußte, daß sich so viele Lehrer nach Breslau drängten, die hinterher mit den freiwillig eingegangenen Verpflichtungen unzufrieden wären, und die Stadtbehörde mit Eingaben um Gehaltserhöhungen unabläßig bestürmten, da verdüsterte sich seine Aussicht auf eine Besserstellung der Lehrer; doch tröstete er sich bald mit der Hoffnung, daß die Gesinnung eines Einzelnen nicht als die der Gesammtheit zu betrachten sei. Diese Hoffnung ging am 10. März in Erfüllung. Es zeigte sich, daß etwas Rechtes, in rechter Weise befürwortet, des Sieges gewiß sei. —

§ **Breslau,** 12. März. [Von der Universität.] Es hat sich in Berlin ein Studenten-Komitee gebildet, um zur Errichtung eines Denkmals für den im vorigen Jahre verstorbenen Bischof Neander Beiträge zu sammeln. Das Komitee, welches mit anderen Universitäten in Verbindung getreten ist, hat auch an die hiesige Studentenschaft die Aufforderung ergehen lassen, sich an der Sammlung zu betheiligen. Ein Anschlag am schwarzen Brett zeigt an, daß Listen behufs Einzeichnung von Beiträgen beim Universitäts-Pedell aufliegen. — Ein anderer Anschlag meldet, daß diejenigen Studirenden, welche am Schlusse des laufenden Semesters die Universität verlassen wollen, ihre Entlassungszeugnisse vom 20. d. Mts. ab erhalten können.

Breslau, 12. März. [Benefiz-Konzert.] Die Theater-Kapelle giebt heut ihrem verdienten Musikdirektor Hrn. Blecha im Wintergarten ein Benefizkonzert, dessen Programm höchst anziehend ist. Im zweiten Theile kommt Spohr's großes Ton-Gemälde in Form einer Sinfonie: die Weihe der Töne zur Aufführung. Starres Schweigen der Natur vor dem Erschaffen des ersten Tons, reges Leben nach demselben, Naturlaute, Aufruhr der Elemente, Wiegenlied, Tanz, Ständchen, Kriegsmusik, Fortziehen in die Schlacht, Gefühle der Zurückbleibenden, Rückkehr der Sieger, Dankgebet, Begräbnißmusik und Trost in Thränen sind die Momente, welche der deutsche Tonmeister in großer und ergreifender Weise geschildert hat. Dem Werke liegt das schöne Gedicht von Karl Pfeiffer zum Grunde. Auf die Sinfonie folgt Berner's große Fest-Ouvertüre, dem akademischen Musikverein 1825 gewidmet. Wer von den ältern Musikfreunden erinnert sich nicht des imposanten Eindrucks, den dies schöne Werk unter der feurigen Direktion des Komponisten stets machte? Diese Ouvertüre war damals der Liebling des Publikums. Der erste und dritte Theil des Konzertes bietet auch noch Interessantes. Die Ouvertüren zu Mendelssohn's Sommernachts-Traum und zu Rossini's Belagerung von Korinth kommen darin vor, ebenso wird Herr Blecha, als tüchtiger Geiger bereits hinlänglich bekannt, eine Piece auf der Violine, sowie der erste Hornist der Kapelle, Herr Hofmann, dessen schöner Ton und Vortrag ebenfalls viele Verehrer zählt, ein Adagio auf seinem Instrumente zu Gehör bringen. — Wir wünschen den besten Erfolg. **e.**

□ **Ratibor,** 10. März. [Installation von Senatoren. — Fortbildungsschule. — Kunstreiter.] Die beiden neu gewählten und bestätigten Mitglieder des Magistrats, der Major a. D. Renouard de Viville und der Kaufmann Pyrkosch, wurden heute installirt. Vom Rathhause ging der Zug der Magistratspersonen und der Stadtverordneten nach der Pfarrkirche, woselbst ein feierliches Hochamt und ein erhebender Gesang der Vereidung der beiden neuen Senatoren voranging. Der Kreis-Landrath vertrat den Bürgermeister Semprich, der nach beendigter kirchlicher Feierlichkeit im Rathhause eine ergreifende Ansprache an die Installirten richtete. Er wies besonders auf den hohen Werth der Städteordnung hin, zeigte, wie das dankbare Andenken an den königlichen Geber derselben nie verwischen könne und erwähnte hierbei, wie die heutige Feier wahrscheinlich die letzte dieser Art sein dürfte. Die Angeredeten dankten in entsprechender Weise und hob Major von Renouard noch besonders hervor, daß es ihm nicht leicht sei, aus dem Kreise der Stadtverordneten, zu denen er 20 Jahre hindurch gern gehört hat, zu scheiden. Der ganze Akt war ein würdiger, ernster und erhebender.

Die hiesige Gewerbe-Sonntagsschule wird auf Empfehlung des Herrn Handelsministers fortan „Fortbildungsschule für Handwerker“ heißen. Eine Geldunterstützung ist dieser Schule Seitens des Herrn Ministers nicht bewilligt worden, dagegen soll sie Materialien für den Unterricht erhalten.

Die jüngst rühmlichst erwähnte Reimschüssel'sche Kunstreiter-Gesellschaft hat in diesen Tagen noch außergewöhnliche Seil-, Draht- und Ballettänze ausgeführt und durch Darstellung von lebenden Bildern und Gruppen großen Beifall geerndtet.

† **Ratibor,** 11. März. [In der heutigen Schwurgerichts-Sitzung] saß auf der Anklagebank die unverehel. Mariane Gatzka wegen verheimlichter Schwangerschaft und Niederkunft. Als Defensor fungirte Herr Rechtsanwalt Schön, als Sachverständige waren erschienen der Kreis-Physikus Dr. Reche und Kreis-Wundarzt Niesar aus Kosel.

Am 10. Oktober v. J. war in Alt-Kosel die Leiche eines neugebornen Kindes in einer Lehmgrube vorgefunden worden. Das Kreisgericht hatte die Obduktion der Leiche verfügt. Der Kreis-Physikus Dr. Reche stellte heute den ganzen Obduktions-Befund dar und resultirte daraus, daß das Kind ein neugebornes lebensfähiges gewesen sei, welches höchst wahrscheinlich geathmet und gelebt habe, dessen Todesursache sich aber nicht mit Bestimmtheit angeben lasse. Diese Behauptungen begründete Herr Reche in einem ausführlichen Vortrage, wobei er sich namentlich über die Lungenprobe ausließ und am Schlusse sagte: Da aber nach dem Urtheile aller Sachverständigen die Lungen- und Athmenprobe noch keinen untrüglichen Beweis über den Tod vor der Geburt oder das Leben nach derselben liefere, so habe er auch aus den vorgefundenen Phänomenen nur auf wahrscheinlich stattgefundenes Athmen und Leben schließen können. Es habe zwar zu allen Zeiten Aerzte gegeben, welche, theils in egoistischer Selbstüberschätzung, theils in der Absicht, um dem Richter zu imponiren, in ähnlichen Fällen vielleicht ein bestimmteres Urtheil abgegeben und Behauptungen aufgestellt haben würden, deren Haltlosigkeit nur gar zu bald dem gerichtlichen Arzte einleuchten müßte. Handelte es sich um eine bloß theoretische Frage, so würde er weniger bedenklich sein; — wo aber, wie hier, von der Aussage des Gerichtsarztes das Maaß der Strafe der Angeklagten abhänge, da halte er es für eine Gewissenssache: die Wahrscheinlichkeit nicht für Gewißheit auszugeben und unumwunden einzugestehen, daß es wohl eine Unvollkommenheit der medizinischen Wissenschaft, nicht aber eine Schwäche ihrer Jünger sei, wenn sie über mancherlei Punkte keinen bestimmten Aufschluß geben kann.

Die Angeklagte wurde der verheimlichten Schwangerschaft und Geburt nicht für schuldig erachtet und freigesprochen.

Mannigfaltiges.

— (Berlin.) Die diesjährige große akademische Preisbewerbung ist für Architekten bestimmt. Indem die Akademie der Künste einheimische befähigte Baubeflissene zur Theilnahme an dieser Konkurrenz auffordert, deren Preis in einem Stipendium von jährlich 750 Thlr. zu einer zweijährigen Studienreise bestehen wird, macht sie den betreffenden Künstlern bemerklich, daß die Meldungen der Theilnehmer unter Beibringung genügender Studien-Zeugnisse bis zum 31. Mai d. J., Mittags 12 Uhr, bei dem Direktorium der Akademie der Künste persönlich erfolgt sein müssen.

Dieselbe Akademie macht ferner bekannt, daß die diesjährige Konkurrenz um den Michael Beerschen Preis für Werke der Bildhauerei bestimmt ist.

— (Berlin, 11. März.) Der Hauptmann v. Witzleben vom Kaiser Franz Regiment hat aus zwei Parolebüchern der Berliner Garnison unter Friedrich dem Großen zur Kenntniß der Militärverhältnisse und der Sitten- und Kulturgeschichte einen überaus interessanten Beitrag gesammelt. Das eine der Parolebücher, aus welchem diese eben so lehrreiche als unterhaltende Blumenlese militärischer Befehle hervorgegangen, umfaßt die Zeit kurz vor dem siebenjährigen Kriege von 1750—54, das andere die Jahre nach dem Kriege, von 1780—83. Die Chefs des Regiments, dem die Parolebücher angehörten — es war das Infanterie-Regiment Nr. 23 — waren die General-Majors v. Forcade (von 1748—63) und v. Thüna (von 1778—86). Der Sammler, als Verfasser ernster kriegswissenschaftlicher Werke bekannt, hat die zusammengestellten Parolebefehle durch einen erläuternden Faden mit einander verbunden, der aber so durch frischen Humor der Darstellung, als durch eine belehrende Vergleichung mit modernen Militär- und Sittenzuständen das Schriftchen zu einer unterhaltenden Lektüre macht. Dasselbe ist hier unter dem Titel „Aus alten Parolebüchern“ bei A. Bath (Mittler's Sort.-Buchhandlung) erschienen. (C. B.)

— * (Magdeburg, 11. März.) Die bereits mehrfach berührte Verbindung der Magdeburger Bahn mit dem Hauptbahnhofe für Berlin, Leipzig, Halberstadt rc. geht auf einer langen Brücke vor sich, welche in der Elbe, parallel dem Ufer, längs der sogenannten Förder sich hinzieht und auf dem Fischerplatz ausmündet. Bereits erheben sich in der dortigen Gegend neue Etablissements aller Art. Die genannte Brücke ist verkleidet und von ganz eigenthümlicher Konstruktion.

Der früher in Schlesien fungirende Intendant Messerschmidt hat sich jetzt hier fest domizilirt; der Amtsrath Sander (aus Herrnstadt) steht im Proviantamtsdienst; der Vorstand einer hier sehr beliebten künstlerischen Gesellschaft „Athene“, ist als Platzingenieur nach Schweidnitz versetzt. Der in Glogau als Rath einst beschäftigte, jetzige Präsident Martens und der aus Liegnitz gekommene Ober-Präsident v. Witzleben, nehmen Beide an dem gesellschaftlichen Treiben der vornehmen Welt regen Antheil.

— Bei Kielce, im südlichen Polen, wurde ein Schäfer seinem Herrn denuncirt, daß er Wolle und Futter stehle. Nach dem dortigen Gebrauche wurde er mit einer Tracht Prügel bestraft. Er wußte nicht, wer ihn angegeben habe. Doch glaubte er, daß es nur einer der sechszehn Drescher sein könne, die in den herrschaftlichen Scheuern arbeiten. Er traktirte sie sämmtlich mit Branntwein, sein Sohn war unter ihnen. Dem Branntwein war Gift beigemischt. Alle bekamen entsetzliche Krämpfe. Als die Todesqualen des Sohnes sein Mitleid erweckten, holte er eine Axt und hieb ihm den Kopf vom Rumpfe ab. Sieben der Vergifteten sind verschieden. Der Schäfer ist auf der Flucht. (C. C.)

— (Dresden, 10. März.) Heute feiert ein Veteran der Literatur, der Hofrath Karl Gottfried Theodor Winkler (bekannt unter dem Schriftstellernamen Theodor Hell) sein 50jähriges Amtsjubiläum. Er hat ein Alter von 76 Jahren erreicht.

— * (Wien, 11. März.) Eben verließen die Presse die Gedichte von Joseph Frhrn. v. Jellachich. Der Verfasser hat den Bitten des Vereines des Jellachich-Invalidenfonds nachgegeben und demselben die Herausgabe dieser, ursprünglich nur für einen engen Kreis von Freunden bestimmten Jugendarbeiten, deren Mehrzahl vor 26 Jahren lediglich als Manuskript gedruckt worden war, — zu Gunsten jenes Fonds gestattet.

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

§ **Breslau,** 11. März. [Plenarsitzung des Gewerberaths.] Schriftführer Golz theilt mit, daß der bekannte Konflikt zwischen der Versammlung und Herrn Weiß nunmehr auf dem Wege des Vergleichs beigelegt sei.

Ein Rescript der königl. Regierung bringt zur Kenntniß des Gewerbe-Raths, daß der hiesige Metallwaaren-Fabrikant Ringhofer, gegen dessen Gewerbebetrieb die Handwerker-Abtheilung früher Einspruch erhoben hatte, das Meister-Examen vor der Kreis-Prüfungs-Kommission bestanden habe, und somit nicht nur zum ungeschmälerten Betriebe seines Gewerbes, sondern auch zum Halten von Gesellen und Lehrlingen berechtigt sei.

Auf Anregung des Hrn. Kratz beschließt die Versammlung, die Vorstellung des Magistrats an das Staats-Ministerium wegen fernerer Sistirung der direkten Beiträge zum Bankgerechtigkeiten-Ablösungs-Fonds zu unterstützen.

An den Vorsitzenden des Gewerberaths ist durch die Handelskammer der Bescheid des Ministers bezüglich der von ihr eingereichten Petition um Beschickung der Londoner Industrie-Ausstellung gelangt. Das Schriftstück, welches bereits in der Sonntags-Nummer dieser Zeitung unter der Rubrik: „Handel und Gewerbe“ mitgetheilt war, wird verlesen. Eine weitere Erörterung des Gegenstandes soll erst dann erfolgen, wenn die von der Versammlung in derselben Angelegenheit erlassene Petition beantwortet sein wird.

Ein anderes Mittel, die Vortheile der Londoner Ausstellung auch den diesseitigen Gewerbtreibenden möglichst zuzuwenden, wird sehr ausführlich debattirt. Endlich beschließt die Versammlung, den betreffenden Vorschlag anzunehmen, welcher dahin geht, daß im Laufe dieses Sommers Männer von Fach, welche mit den technischen und nationalökonomischen Interessen unserer Provinz wie mit den betreffenden auswärtigen, namentlich englischen Verhältnissen hinlänglich vertraut sind, zu ersuchen, die Welt-Ausstellung in einer Reihe öffentlicher Vorträge zu beleuchten. Für Beschaffung des nöthigen Materials wird der Gewerberath mit Sorge tragen, indem er die Bestellung derjenigen Journale veranlassen wird, welche dazu bestimmt sind, die ausführlichste

Berichte und erläuternden Illustrationen über die Londoner Ausstellung aufzunehmen. — In Köln hat sich zu ähnlichem Zweck bereits ein besonderer Verein konstituirt. — Schließlich ernennt die Versammlung in den Herren Bolze, Scholz, Kohn, Kopisch und Laßwitz eine Kommission, welche Anerbietungen zu den erwähnten Vorträgen annehmen soll.

Hirschberg, 3. März. Die hiesige Handelskammer hat in Bezug auf den Gesetzes-Antrag des Abgeordneten v. Görtz wegen Regulirung des Oderstroms nachstehende Eingabe an die königlichen hohen Ministerien für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten und für die Finanzen gerichtet:

Hohes Ministerium.

Aus den öffentlichen Blättern haben wir zu unserer Freude ersehen, daß der Abgeordnete Herr v. Görtz einen Gesetzes-Antrag, betreffend die Regulirung des Oderstroms, am 3ten v. Mts. in die hohe zweite Kammer eingebracht hat.

Abgesehen von dem unermeßlichen Schaden, den eine immer mehr überhand nehmende Versandung des Oderstroms den Ländereien der Uferbewohner zufügen dürfte, da diese sie immer mehr würden versumpfen sehen, wenn der Strom, der Versandung Preis gegeben, mit flacherem Bett die Wassermassen des Frühjahrs und Herbstes noch breiter ausdehnen müßte, als es jetzt schon oft genug der Fall ist, — bleibt die Erhaltung der Oder, als schiffbarer Strom, für die Provinz Schlesien und auch für Pommern eine Lebensfrage.

Die Oderschifffahrt ist für den Handel Schlesiens, welcher durch die Einverleibung Krakaus in den österreichischen Kaiserstaat und durch den Verlust des mit derselben eng verknüpften Transito-Verkehrs mit der Moldau und Wallachei, sowie durch die immer strenger und sistematischer durchgeführte russische Gränzsperre unverschuldeter Weise einen empfindlichen Stoß erlitten hat, fast der letzte Anker, an welchen er sich anklammert, und dürfte die Provinz wohl ein Recht haben, als schwachen Ersatz diese Regulirung vom Staate zu verlangen.

Deshalb verfehlen wir nicht, einem hohen Ministerium die Förderung dieses Antrages des Herrn v. Görtz ehrerbietigst an das Herz zu legen, und thun dies um so vertrauensvoller, als wir der Ueberzeugung leben, daß sorgsame Pflege materieller Interessen den sichersten Schutz gegen sociale Stürme gewährt.

Hirschberg, den 3. März 1851.

Die Handelskammer
für die Kreise Hirschberg und Schönau.

(Der Antrag des Abg. v. Görtz ist bekanntlich in der Sitzung der zweiten Kammer vom 8. März verworfen worden.)

Berlin, 11. März. Dem Kaufmann Joseph Neuß Sohn zu Aachen ist unter dem 7. März 1851 ein Patent auf eine durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesene Konstruktion der Achsenschenkel für Wagen, soweit dieselbe als neu und eigenthümlich anerkannt ist, auf sechs Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preußischen Staates ertheilt worden.

Man schreibt aus Aachen: der Handel mit Kolonial-Waaren erfreut sich eines lebhaften Betriebes, nur Kaffee ist im Preise sehr gefallen, was man durch die Ueberfüllung des Marktes mit eingeschmuggelten Waaren erklärt. Die Uebersetzung des Marktes in Amerika hat auch auf die noch vor wenig Monaten so schwunghafte Tuchfabrikation nachtheilig zurückgewirkt. Auch die Kratzen-Fabrikation und der Wollhandel leiden darunter, da die feinern Wollsorten bedeutend abgeschlagen sind. Nadel- und Tabaksfabriken gehen gut, Maschinen-Fabriken mittelmäßig. (C. C.)

Vom 21. Januar bis zum 20. Februar liefen im Hafen von Weichselmünde nur 6 Seeschiffe ein. Ausgelaufen ist in dieser Zeit kein Schiff.

Inserate.

Aufforderung.

Es ist im Werke, ein neues Gymnasial-Gebäude hierselbst zu erbauen, und beschlossen worden, Behufs Beschaffung eines geeigneten Bau-Projekts nebst Kostenanschlag Konkurrenz eintreten zu lassen. Es ergeht daher an diejenigen Bauverständigen, welche sich dieser Arbeit unterziehen wollen, die Aufforderung, sich dieserhalb bei uns zu melden, wobei wir bemerken, daß der Situations-Plan des Bauplatzes, so wie die näheren Bedingungen der Bauausführung bei uns einzusehen sind, und daß für dasjenige Bauprojekt nebst Anschlag, welches am annehmbarsten erscheint, eine Remuneration von 150 Rtl. ausgesetzt ist.

Schweidnitz, den 23. Februar 1851. **Der Magistrat.**

Deputirten-Wahl.

Die auf Donnerstag den 13. d. Mts. im Hartmannschen Lokale ausgeschriebene Vorwahl geht von den **Eigentlichen** aus, die bei der letzten hiesigen Gemeindewahl die Bundesgenossen der Herren Demokraten waren. Dies zur Nachricht den **konservativ-konstitutionellen** Wahlmännern der Vorstädte und des Landkreises.

Theater-Repertoire.

Donnerstag den 13. März. 64ste Vorstellung des ersten Abonnements von 70 Vorstellungen. **„Nichte und Tante."** Lustspiel in einem Aufzuge von C. A. Görner. — Hierauf, zum 6ten Male: **„Einer muß heirathen."** Original-Lustspiel in einem Akt von Alexander Wilhelmi. — Zum Schluß: **„Die weiblichen Drillinge."** Schwank in einem Akt von K. v. Holtei.

Freitag den 14. März. 65ste Vorstellung des ersten Abonnements von 70 Vorstellungen. **„Ein Sommernachtstraum."** Dramatisches Gedicht in 3 Aufzügen mit Tanz von Shakespeare, übersetzt von A. W. v. Schlegel; für die Darstellung eingerichtet von L. Tieck. Musik von Felix Mendelssohn-Bartholdy.

Verlobungs-Anzeige.

Die heute vollzogene Verlobung meiner jüngsten Tochter Friederike mit dem Herrn J. Hirschberg aus Kempen zeige ich hiermit Verwandten und Bekannten statt besonderer Meldung ergebenst an.

Breslau, am 12. März 1851.

Sara verwittwete Rabbiner Falk.

Charlotte Zadeck,
A. Liebermann,
Verlobte. Breslau.

Die heute glücklich erfolgte Entbindung seiner lieben Frau Emma, gebornen Staats, von einem Knaben, beehrt sich hiermit ergebenst anzuzeigen: F. Grützner.

Ohlau, 10. März 1851.

Todes-Anzeige.

Mit tief betrübtem Herzen zeigen wir das gestern Abend um 6 Uhr an Lungenleiden erfolgte Ableben unsers innig geliebten theuern Sohnes, Gatten, Vaters, Bruder und Schwagers, des Raths-Kanzlei-Assistenten Herrn August Wilhelm Hönsch, in dem Alter von 42 Jahren und einem Monate, Verwandten und Freunden statt besonderer Meldung ergebenst an, und bitten um stille Theilnahme.

Breslau, den 12. März 1851.

Die Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige.
(Statt jeder besondern Meldung.)

Heut Vormittag um 9¾ Uhr verschied sanft und gottergeben, wie sie gelebt, im 69. Jahre, an einem gastrisch-nervösen Fieber, unsere theure heiß geliebte Gattin, Mutter, Schwieger- und Großmutter, die Frau Gelbgießer Bernhardine Müller, verw. gewesene Altenburger, geb. Bucheld. Um stille Theilnahme in ihrem Schmerz bitten:

die Hinterbliebenen.

Breslau, den 12. März 1851.

Die Beerdigung findet Sonnabend früh 9 Uhr auf dem St. Michaelis-Kirchhofe statt.

Verein für Geschichte und Alterthum Schlesiens.

Allgemeine Versammlung zur Wahl des Vorstandes für die Jahre 1851 und 1852: Sonnabend den 15. März, um 4 Uhr, im Lokale der Gesellschaft für vaterländische Kultur (Börse, Blücherplatz).

Der Vorstand des Vereins.

Pädagogische Section.

Freitag den 14. März, Abends 6 Uhr: Herr Schulvorst. Geppert: „Mittheilungen aus einem ungedruckten Handbuche für Lehrer beim Unterrichte in der biblischen Geschichte."

Einst sah ich im Hain' eine liebe Gestalt,
Die zog mich an sich mit Zaubergewalt,
Sein Auge schien sittsam, die Züge so mild,
Doch ist er, — o glaubt! — nur ein flüchtiges Wild.
v. K—L—O—S—E—.

Herr Thierarzt Niedetzik wird hiermit aufgefordert, seinen Wohnort anzugeben und seinen Verbindlichkeiten nachzukommen.

Löwen im März 1851.

Bescheidene Anfrage!

Wie haben Sie sich gestern auf dem Wege von Kroll's nach Hause amüsirt??

JOSUA,

Oratorium komponirt von **G. F. Händel**, aufgeführt zum Besten des **Hedwig-Vereins** für Unterstützung armer und kranker Wittwen und Waisen,

Donnerstag den 13. März Abends 7 Uhr

im Saale des Königs von Ungarn.

Die Chöre werden von Zöglingen des königl. kathol. Gymnasiums ausgeführt.

Die Solo-Partien haben hiesige geehrte Künstler gütigst übernommen.

Einlaßkarten à 10 Sgr. sind in den Musikalien-Handlungen der Herren Leuckart und Scheffler zu haben. **Bröer.**

Ein **geübter** Expedient, der auch gleichzeitig eine **gute** und **korrekte** Handschrift schreibt, findet in der Kanzlei des Unterzeichneten alsbald eine Stelle. Persönliche Vorstellung ist indeß erforderlich.

Ohlau, den 11. März 1851.

Steinmann,
königl. Rechts-Anwalt.

Eine ländliche Besitzung,

dicht bei der Stadt Freiburg und dem dortigen Bahnhofe gelegen, mit 75 Morgen Areal und einem neugebauten, schön eingerichteten Wohnhause, ist mit einer Anzahlung von 5000 Rtlr. sofort billig zu verkaufen. Reele Selbstkäufer erfahren Näheres pr. adr. R. W. poste restante Camenz.

Ein gebrauchter leichter Wagen, (Neutitscheiner) wird zu kaufen gesucht: Ohlauer Straße Nr. 4, erste Etage, rechts.

Wintergarten.

Heute Donnerstag
großes Konzert der Theater-Kapelle
zum Benefiz
des Musik-Direktors Herrn Blecha.

Programm.

1. Abtheilung:

1. Jelachich-Marsch von Strauß. (neu.)
2. Ouvertüre zur Oper: Die Belagerung von Corinth, von J. Rossini.
3. Reussen-Lieder, Walzer von Jos. Gungl (neu).
4. Der Traum. Adagio für das chromatische Waldhorn, vorgetragen von Hrn. Hofmann, Mitglied der Kapelle.
5. Introduktion und Chor aus der Oper: Die Jüdin, von Halévy.

2. Abtheilung:

6. Die Weihe der Töne, charakteristisches Tongemälde in Form einer Sinfonie, von Louis Spohr.
7. Große Fest-Ouvertüre v. Berner. (C dur.)

3. Abtheilung:

8. Ouvertüre zum Sommernachtstraum, von Mendelssohn-Bartholdy.
9. „La Melancholie pastorale" für die Violine, von Prumé, vorgetragen von Herrn Blecha.
10. „Jan Sobiesky", Mazurka für Violine von Kontsky, vorgetr. von. Hrn. Blecha.
11. Traumbilder der Phantasie v. Lumbyé.

Anfang 3 Uhr. Entree 5 Sgr.

Das Gedicht: die Weihe der Töne, von C. Pfeifer, ist an der Kasse für 1 Sgr. zu haben.

Sonnabend den 15. März 1851.

Café restaurant.

Letzter maskirter und unmaskirter Ball,

arrangirt von Herrn Balletmeister **Hasenhut.**

Heinr. Goldschmidt.

Verkaufs-Anzeige.

Familienverhältnisse wegen sollen folgende im Badeorte Salzbrunn bei Waldenburg, eine halbe Stunde von Fürstenstein und Altwasser belegene, in drei Stunden von Breslau erreichbare Grundstücke:

1) **Der Gasthof zur Sonne** mit 23 möblirten Zimmern, 1 großen Speisesaal, Küche, Speisekammer, 3 Kellern, 1 Waschküche und mehreren Kammern, Stallung auf 30 Pferde und Remisen, sowie einer Mineralbade-Anstalt nebst Zubehörungen und Garten;

2) **ein Wohnhaus, das Thüringer Haus** genannt, mit 17 möblirten Zimmern, 4 Kammern, 1 Küche, Keller und Speisegewölbe, Stallung auf 4 Pferde nebst Wagenremise und einem großen Obst-, Küchen- und Blumengarten, in der Nähe des Brunnens und der Promenade belegen, in welchem durch mehrere Jahre ein Weingeschäft mit Vortheil betrieben worden ist,

im Wege des freiwilligen Meistgebotes verkauft werden und habe ich im Auftrage der Besitzer einen Termin auf den

24. April d. J. Vormittags 10 Uhr

in meinem Geschäfts-Lokal hierselbst angesetzt, wozu ich zahlungsfähige Kauflustige mit dem Bemerken einlade, daß die näheren Kaufbedingungen jederzeit bei mir und dem Besitzer eingesehen werden können.

Waldenburg, den 4. März 1851.

Der königliche Rechts-Anwalt und Notar
Stuckart.

Auktions-Anzeige.

Montag den 17. d. Mts. Nachmittags sollen gegen baare Zahlung versteigert werden:

a) um 2 Uhr in Nr. 42 Breite Straße, eine Krahnmaschine aus folgenden Theilen bestehend, als: 2 große Ketten und 1 Kloben, 1 großer Kloben mit 2 Rollen, 2 Korden, 24 verschiedene Schrauben und ein Schraubenschlüssel, 1 Hebewelle mit 3 Armen, 2 Thürschlösser und 1 Schiebriegel, 2 Thürhaspen und 2 Thürbänder, zwei Pfannlagen und 3 Blechplatten, 1 Hebel und 2 eiserne Platten, 1 Hebewelle mit Band, 2 Bänder, 1 Kettentrommel mit Kammrad, 1 Welle mit Getriebe, Kammrad und Scheibe, 2 Ständer, 1 Vorlegewelle mit 2 Getrieben;

b) um 3 Uhr in Nr. 13 Salzgasse verschiedene Mühlen-Schirrhölzer.

Breslau, den 11. März 1851.

Hertel, Kommissions-Rath.

Auktion. Am 14. d. Mts., Vorm. 9 Uhr sollen in Nr. 42 Breitestr. Schnittwaaren, Kattune, Herrengarderobe-Artikel, Putzsachen &c. versteigert werden.

Mannig, Auktions-Kommiss.

Auktions-Anzeige.

Ausgesuchte **schön- und bauwissenschaftliche Bücher**, Kupferstiche mit und ohne Rahmen, gutes Silberzeug, einige Möbel, wobei 22 Stück Parquetfußbodentafeln &c. sollen **Dienstag den 18. d. M.**, Vormittags 9—12, Nachmittags 2—5 Uhr, am **Salvator-Platz Nr. 3** gegen gleich baare Bezahlung versteigert werden.

Mannig, Auktions-Kommissar.

Hiermit die ergebene Anzeige, daß von heute ab **Ostermehl** unter Aufsicht des Kempener Rabbinats gemahlen, zu den möglichst billigsten Preisen bei Unterzeichnetem zu haben ist.

Krzywizna bei Kempen, den 12. März 1851.

R. Heinrich, Mühlenpächter.

Preußische Versicherungs-Bank in Berlin.

Hiermit beehre ich mich bekannt zu machen, daß ich von Einer Königl. Hochlöbl. Regierung die Bestätigung als Haupt-Agent für dieses auf **Gegenseitigkeit** und öffentliche Rechnungslegung basirte Institut empfangen habe.

Die Bank hat bereits am 1. Januar 1851 ihre Thätigkeit begonnen, und zwar versichert dieselbe ihren Theilnehmern:

a) bewegliches und unbewegliches Eigenthum gegen Beschädigung bei Feuersgefahr;
b) den **Ausfall der Mieths-Erträge**, welcher den Hausbesitzern während der Bauzeit abgebrannter oder durch Feuer beschädigter Gebäude erwächst;
c) Fensterscheiben gegen Hagelschaden.

Indem ich nun dieses gemeinnützliche, vaterländische Unternehmen geneigtem Wohlwollen empfehle, erkläre ich mich, so wie die ebenfalls bereits bestätigten **Special-Agenten:**

Herr Ludwig Hüser hierselbst, Mauritius-Platz Nr. 6,
„ F. Oppitz in Reichenbach i. Schl.

bereit, jede wünschenswerthe Auskunft zu ertheilen und Versicherungs-Anträge entgegen zu nehmen; Formulare zu letzteren, so wie Programme, die das Wesentliche der Statuten enthalten, liegen zur unentgeltlichen Abholung vor. Breslau, im März 1851.

Die Haupt-Agentur für Schlesien.

E. H. Müller, Firma: J. Müller & Schlarbaum, Blücher-Platz Nr. 14.

Brauerei-Verpachtung.

Das hiesige städtische Brau-Urbar soll in einem auf den

7. April d. J. Vormittags 10 Uhr

im hiesigen magistratualischen Sessions-Zimmer anstehenden Termine öffentlich an den Meistbietenden auf vier Jahre vom 1. Juli d. J. ab verpachtet werden, wozu wir Pachtlustige mit dem Bemerken einladen: daß die Einrichtung der Brauerei allen Erfordernissen entspricht und die Pachtung sich bisher sehr gut rentirte.

Die Pacht-Bedingungen können von heut ab bei dem Vorsteher der Brau-Kommune, Kaufmann Boebel, beliebig eingesehen werden.

Münsterberg, den 10. März 1851.

Die Repräsentanten der Brau-Kommune.

Unterzeichnetes Wirthschaftsamt hat eine Anzahl hochfeiner und reichwolliger **Sprungböcke** und 150 Stück **Mutterschafe** derselben Beschaffenheit zu verkaufen. Letztere sind seit dem 1. Januar d. J. durch edle Böcke gedeckt.

Mittelsteine bei Glatz, im Februar 1851.

Das Freiherrlich v. Lüttwitz'sche Wirthschafts-Amt.

Auf dem Dominio Nieder-Schwedeldorf bei Glatz stehen 200 Stück feine und reichwollige, zur Zucht taugliche **Mutterschafe** zum Verkauf, und sind solche nach der Schur abzunehmen. Die Schafe sind tragend und mit feinwolligen Böcken gedeckt. Die Heerde ist von erblichen Krankheiten frei.

Ebenso stehen noch 4 Mastochsen und 150 Stück Mastschöpse vom 1. Mai d. J. ab zum Verkauf.

Käufer wollen sich gefälligst bei dem Unterzeichneten melden.

Das Wirthschafts-Amt.

Birkenpflanzen-Verkauf.

Bei dem Dominio Pathendorf, Wohlauer Kr., sind mehrere täusend Schock auf Sandboden gezogene Birken-Pflanzen zu dem Preise von 2 Sgr. 4 Pf. für das Schock zu verkaufen.

Gesuch von Schafvieh.

Aus einer gesunden, mittelfeinen Schäferei werden 50 Stück tragende Muttern, 50 Jährlinge und 50 Stück starke Schöpse, bald zu kaufen gesucht; die Ablieferung wird bis Ende Mai gewünscht. Desfallsige portofreie Offerten mit Angabe des Preises und der Bezeichnung: „Schafviehverkauf" nimmt die Handlung Stockgasse Nr. 28 in Breslau bis zum 17. d. M. entgegen.

Obst-Wildlinge.

Es werden etliche hundert Schock Obstwildlinge in allen Gattungen und Größen — theilweise oder im Ganzen — zu kaufen gesucht.

Gefällige Offerten beliebe man an den Kunst- und Handelsgärtner Merkel nach Oppeln zu adressiren (poste restante).

Grünberger Mousseux,

ganz genau nach dem System der Champagne bereitet, und anerkannt schön in Wein und Mousseux, gleichwie

feine Schlesische Flaschenweine,

roth und weiß, gleich billig als bestens gehalten, verkaufen entweder unmittelbar oder durch ihre Geschäftsfreunde und Agenten

Förster und **Grempler** in **Grünberg.**

Meinen geehrten Kunden die ergebene Anzeige, daß ich mein Geschäft wie früher fortführe.

Freiburg, den 11. März 1851.

Nitsche, Maurermeister.

Ein Oekonom, 29 Jahr alt, unverheirathet, welcher seit mehreren Jahren selbstständig wirthschaftet, bis Johannis d. J. in Kondition steht, sucht wiederum einen derartigen Posten. Herr Oberamtmann Scholz, Ritterplatz Nr. 7, wird die Güte haben, nähere Auskunft zu ertheilen.

Offene Stellen.

Zu Ostern d. J. ist eine Ober- und eine Zimmer-Kellnerstelle offen. Anmeldungen erbittet franco das Comtoir von

Clemens Warnecke in Braunschweig.

Bleichwaaren

aller Art, zur Beförderung auf die bewährte vollkommen schöne, unschädliche Natur-Rasenbleiche des Herrn Richard Fischer sen. in Greiffenberg, übernimmt unter Zusicherung rascher, guter und möglichst billiger Bedienung:

Herrmann Steffe.

Breslau, im März 1851.

Wegen Versetzung ist Friedr.-Wilh.-Str. Nr. 1 (Kronprinz) im neuen Hause die Bel-Etage Johannis d. J. zu vermiethen.

Eine Kammerjungfer,

die geübt im Schneidern, Frisiren und Putzmachen ist, auch im Wirthschaftlichen Bescheid weiß, jüdischer Confession, findet eine vortheilhafte Stelle in Warschau, und wird der Antritt Ostern d. J. gewünscht. Nähere Auskunft ertheilt

Mad. **Schlesinger**, Ring Nr. 12, zweite Etage.

Gastwirthe, Cafetiers,

Branntweinbrenner, Fabrikanten und dergl. können in einer der schönsten hiesigen Vorstädte ein großes Gasthofsgrundstück, schön gebaut, mit großem Garten u. s. w., mit tausend Thlr., zu ⅔ der Materialtaxe, wegen Umständen, acquiriren. Näheres täglich zwischen 1—2 Uhr Tauenzienstr. 70, 2 Tr. links.

1851er Salzbrunn

empfing gestern und empfiehlt:

Carl Straka,
Albrechts-Str. 39, der kgl. Bank gegenüber.

Bekanntmachung.

Da ich von meiner Frau separirt, und mit derselben in Ehescheidung lebe, so mache ich hiermit bekannt, daß ich keine Schulden, welche dieselbe etwa machen könnte, bezahle. Eben so warne ich, jedem Andern auf meinen Namen Kredit zu geben, da ich meine Bedürfnisse baar bezahlen lasse.

F. Schelauski, Möbelfuhrwerks-Besitzer, Friedr.-Wilh.-Str. Nr. 71.

Vortheilhaftes Anerbieten.

Zum Verkauf eines sehr gangbaren Artikels, wofür sowohl in Städten, als auch auf dem Lande leicht ein bedeutender Absatz zu bewirken ist, werden reele und tüchtige Leute, die zahlreiche Bekanntschaft unter Privatpersonen besitzen, gesucht; kaufmännische Kenntnisse sind nicht dazu erforderlich, und sind dabei 33 pCt. Provision zu erwerben.

Reflektirende belieben ihre Adresse, mit M. J. C. bezeichnet, und genauer Angabe des Wohnorts, franko an die Handlung Stockgasse Nr. 28 in Breslau zur Weiterbeförderung zu richten.

Ein Kaufmann in den 30er Jahren, der bereits verschiedenen Branchen selbstständig vorgestanden, sucht eine Stellung als Rendant, Rechnungsführer oder Buchhalter. Kaution kann auf Verlangen geleistet werden. Gefällige Offerten unter A. B. Z. werden zur Weiterbeförderung franko erbeten in der Handlung Stockgasse Nr. 28 in Breslau.

Ein **Repositorium** mit Schubladen und Fächern in 3 Theilen, und ein Verkaufstisch in 4 Theilen, beides fast neu, für ein Spezereigeschäft, sind billig zu verkaufen beim Tischlermeister Schneider in Oppeln.

Aufforderung.

Ein junger Mann sucht sogleich oder bis zum 1. April bei einzelnen Leuten oder einer Wittfrau ein möblirtes Zimmer für 2 bis 3 Thlr. monatlich zu miethen. Gefällige Adressen unter a. a. franco poste restante Breslau.

Kiefern-Saamen

offerire in diesjähriger Ernte wieder in bester Qualität zur geneigten Abnahme.

Rosa bei Düben, den 8. Februar 1851.

Der Förster **Kiltz.**

Ein im besten Zustande befindliches Billard nebst Zubehör steht zu verkaufen Kupferschmiede-Straße Nr. 7.

80 Scheffel Hornspähne zum Düngen sind zu verkaufen Ring Nr. 19 in der Bude an der Dorotheen-Gasse.

Ein Wagenpferd

ist zu verkaufen: Kupferschmiede-Straße Nr. 21, drei Treppen, vorn heraus, bei Jenseck.

Gut gereinigten Kiefer-, Fichten-, Erlen- und Weißbuchen-Saamen offerirt:

M. Waldheim,
in Karlsruhe in Oberschlesien.

Das Dom. Schwammelwitz bei Ottmachau stellt gegen

800—1000 Scheffel Kartoffeln,

zum Saamen ganz geeignet, zum Verkauf.

Ein gebrauchter und ein neuer Handwagen stehen zum Verkauf am Wäldchen Nr. 10.

Bei **Aug. Schulz u. Comp.** (Hermann Aland) in **Breslau,** Altbüßerstr. Nr. 10 (der Magdalenen-Kirche gegenüber) ist so eben erschienen:

Primavera von **Richard Kunisch.** Min.-Format. broch. 22½ Sgr. Eleg. geb. m. Goldschn. 1 Thlr.

Wir übergeben hiermit dem Publikum eine aus Liedern und Balladen zu einem Ganzen vereinigte Sammlung; jene sind durch Tiefe der Empfindung und melodischen Klang der Verse, diese durch Lebendigkeit der Schilderung und originelle Anschauungsweise ausgezeichnet.

Bei **Graß, Barth** und **Comp.** in **Breslau** und **Oppeln,** auch bei Urb. Kern in Breslau, ist zu haben aus dem Verlage von Ernst in Quedlinburg:

Dr. Albrecht, Hülfsbuch für Erwachsene, welche an
Schwäche der Geschlechtstheile
leiden, nebst Entwickelung der Ursachen, ihre Erkenntniß und der sichersten und leichtesten Heilmethode. — Dritte Auflage. — Preis 10 Sgr.

Auch in der Flemmingschen Buchhandlung in Glogau, — bei Bredul u. Förster in Gleiwitz, — Burchardt in Neisse, — Köhler in Görlitz, — Reißner in Liegnitz, — Weiß in Grünberg, — Nesener in Hirschberg und Heege in Schweidnitz zu haben.

Kunstanzeige.

Letzte Anmeldung bis Sonnabend den 15. März d. J. Naturzeichnen und Malen ist in 4 Stunden zu erlernen; falls die Anmeldung schnell geschieht. Ansicht der Gemälde von 12¼—12½ und von 4—4¼ Uhr. **Jaegermann** und Frau, Albrechtsstr. 24, 1 Treppe hoch rechts.

!!! Plambeck's Schirm-Leuchter !!!

Dieser neu erfundene Leuchter besitzt nicht nur eine geschmackvolle Form, sondern auch eine äußerst sinnreiche Konstruktion, welche bei der Verwendung eines nur dünnen Talglichtes es möglich macht: **ein helles, nach Willkür auf einen Gegenstand zu fixirendes Licht zu geben.** — Das brennende Licht ist weder dem Rinnen unterworfen noch darf es geputzt werden, es brennt vielmehr bis zum Erlöschen ruhig fort, Feuersgefahr verhindert der Cylinder, in welchem das Licht sich befindet, kann nach allen Seiten hin leicht gerichtet werden.

Diese Erfindung wird gewiß Allen willkommen sein, welche im Bette lesen, aber auch Denen, welche zu jeder Arbeit oder zur Beleuchtung des Zimmers ein **helles** und sehr **wohlfeiles** Licht haben wollen. — Der Erfinder (Plambeck) hat diese Schirmleuchter Unterzeichnetem in Kommission gegeben, und sind diese Schirmleuchter zur Ansicht und zum Verkauf vorräthig bei **Rob. Hausfelder,** Albrechts-Straße 17, Stadt Rom.

Der erste und größte Bazar aus Berlin,

in Breslau, Albrechtsstraße Nr. 3,

empfiehlt zu den jetzigen Bällen **Fracks nach den neuesten Façons,** ebenso sein vollständig **assortirtes Lager fertiger Herrengegenstände zur bevorstehenden Saison.**

Bestellungen werden binnen 24 Stunden ausgeführt.

Avis für Pflanzenfreunde.

Das diesjährige Preisverzeichniß meiner Obstbäume, Camellien, Azaleen, Rhododendra, Pelargonien, Fuchsien und Verbinen-Collectionen &c. ist gratis in Empfang zu nehmen in meiner Blumenhalle

Hintermarkt Nr. 6. **E. Breiter.**

Lehrlings-Gesuch.

Für einen jungen Mann von guter Erziehung ist in meinem Geschäft eine Lehrlingsstelle von Ostern ab offen. **Robert Vetter** in Breslau.

Frische Blut- und Leberwurst

ist heute wieder, so wie alle Donnerstage, von Abends 6 Uhr ab, zu haben bei

F. Naefe, Ohlauerstr. Nr. 20.

Sager's Hôtel garni,

Ohlauerstraße 75, empfiehlt sich dem geehrten reisenden Publikum zur gütigen Beachtung.

Fremden-Liste von Zettlitz Hôtel.

Kaufm. Weissenfels aus Magdeburg. Gutsbes. Alberti aus Liegnitz. Major v. Puttlitz aus Dresden. Partik. v. Ferno aus Berlin. Referendarius v. Elste aus Königsberg in Pr.

Markt-Preise.

Breslau am 12. März 1851.

	feinste,	feine,	mit.,	ordin. Waare	
Weißer Weizen	55	52	49	46	Sgr.
Gelber dito	53	51	47	45	„
Roggen . . .	43	41	39	37	„
Gerste . . .	30	28	27	26	„
Hafer . . .	25	23	22	21	„
Rothe Kleesaat	—	11	10	7—9	Rtl.
Weiße Kleesaat	—	10½	9½	6—8	Rtl.
Spiritus . .	6¾ Rtl. Gld.				

Die von der Handelskammer eingesetzte Markt-Kommission.

Rüböl 11 Rtl Gld.*)

*) Aus Versehen wurde gestern statt 11 Rtl. Gld. 10½ Rtl. Br. notirt.

Börsenberichte.

Breslau, 12. März. **(Amtlich.)** Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten 95¼ Br. Kaiserliche Dukaten — — Friedrichsd'or 113⅝ Br. Louisd'or 108 Gl. Polnisch Courant 93¾ Gl. Oesterreichische Banknoten 78 11/12 Br. Seehandlungs-Prämien-Scheine 129 Br. Freiwillige preuß. Anleihe 105¾ Br. Neue Staats-Anleihe 4½% 101 Br. Staats-Schuld-Scheine per 1000 Rtl. 3½% 85⅓ Br. Breslauer Stadt-Obligationen 4% 99 Br. Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4% 101 1/12 Gl., neue 3½% 91⅛ Br. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rthlr. 3½% 96 Br., neue schlesische Pfandbriefe 4% 101 11/12 Br., Litt. B. 4% 101⅓ Gl., 3½% 91¾ Br. Alte polnische Pfandbriefe 94¼ Br., neue 94¼ Br. Polnische Schatz-Obligationen 81¼ Gl. Polnische Anleihe 1835 à 500 Fl. 82 Gl. Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4% 76¼ Gl., Priorität 4% — — Oberschlesische Litt. A. 116¼ Gl., Litt. B. 109 1/12 Gl. Krakau-Oberschlesische 75¼ Br. Niederschlesisch-Märk. 83½ Br., Priorität 5% 104 Br., Serie III. 103¼ Br. Neisse-Brieger 42¾ Gl. Köln-Mindener — — Priorität 104 Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 40⅛ Br.

Berlin, 11. März. Die Börse war sehr fest und in mehreren Eisenbahn-Aktien zu theilweise höheren Coursen ziemlicher Umsatz.

Eisenbahn-Aktien. Köln-Minden 3½% 100¾ bez. und Br., Priorität 5% 103½ bez. Krakau-Oberschlesische 4% 74½ à ¼ bez., Priorität 4% 86⅛ Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 4% 39⅓ à ¾ bez., Priorität 5% 95¾ Gld. Niederschlesisch-Märkische 3½% 83¼ bez., Priorität 4% 95 Br., Priorität 5% 103¾ bez. und Br., Serie III. 5% 103 Br. Niederschlesisch-Märkische Zweigbahn 4% 26⅛ Br., fr. Zinsen. Oberschlesische Litt. A. 3½% 116¼ bez., Litt. B. 3½% 109½ Br. — Geld- und Fonds-Course. Freiwillige Staats-Anleihe 5% 105 à ¼ bez. und Br. Staats-Anleihe von 1850 4½% 100⅝ bez. Staats-Schuld-Scheine 3½% 85⅛ bez. Seehandlungs-Prämien-Scheine 126¾ Br. Posener Pfandbriefe 4% — — 3½% 91 Gld. Preußische Bank-Antheile 96 à ¼ bez. Polnische Pfandbriefe alte 4% 94½ Br., neue 4% 94 Gld. Polnische Partial-Obligationen à 500 Fl. 4% 82¼ bez., à 300 Fl. 145 bez.

Wien, 11. März. Bei nicht sehr belebtem Geschäft war die Stimmung für Fonds und Aktien eine bessere und waren namentlich Nordbahn-Aktien auf fortgesetzte Käufe eines großen Hauses zu erhöhten Coursen begehrt. Comptanten und Wechsel fast unverändert.

5% Metalliques 96⅜, 4½% 84⅞; Nordbahn 131¾; Hamburg 2 Monat 191; London 3 Monat 12. 45.; Silber 129½.

Druck und Verlag von Graß, Barth u. Comp.

Redakteur: Nimbs.